

## Die deutschen Wähler und der Euro: Auswirkungen auf die Bundestagswahl 1998?

Franz Urban Pappi / Paul W. Thurner\*

*Die endgültige Entscheidung der Staats- und Regierungschefs der EU vom 2. Mai 1998 zur Einführung des Euro als der gemeinsamen Währung von elf Mitgliedstaaten wurde in Kenntnis der Tatsache gefasst, dass die deutsche öffentliche Meinung der neuen Währung skeptisch bis ablehnend gegenüber stand. Die in diesem Artikel zu beantwortende Forschungsfrage ist, inwieweit die damaligen Regierungsparteien CDU/CSU und FDP dafür bei der Bundestagswahl im Herbst 1998 Nachteile in Kauf nehmen mussten. Nach einer Beschreibung der Entwicklung der Einstellungen zum Euro in der deutschen Wählerschaft und der Priorität, die diesem Thema zugemessen wurde, werden in Abschnitt 3 die Ergebnisse einer eigenen Untersuchung der Einstellungen zum Euro mit dem Ziel vorgestellt, einige Ursachen der deutschen Euro-Skepsis und mögliche Folgen für die Einstellung zur weiteren europäischen Integration herauszuarbeiten. Dann folgt in Abschnitt 4 eine Untersuchung der Wählerwahrnehmungen im Hinblick auf die europapolitische Position der Parteien. Damit kann das Argument geprüft werden, dass das aus der Euro-Entscheidung möglicherweise resultierende Risiko der Wiederwahl der Regierung Kohl deshalb minimal gewesen sei, weil die etablierten Parteien sowieso alle denselben positiven Standpunkt vertreten hätten. Empirisch lässt sich zeigen, dass die CDU/CSU am meisten mit der weiteren europäischen Integrationspolitik identifiziert wird, sodass die im letzten Abschnitt festgestellten Nachteile dieser Partei bei der Bundestagswahl 1998 nicht überraschend sind. Die der Europapolitik der Regierung Kohl zuschreibbaren Wählerverluste haben sich aber in Grenzen gehalten und werden mit einem neuen Verfahren auf unter einen halben Prozentpunkt geschätzt.*

### 1. Einleitung

Die Süddeutsche Zeitung veröffentlichte in der Wochenendausgabe vom 11./12. September 1999 das erste Interview mit Helmut Kohl, das dieser nach seinem Ausscheiden aus dem Amt des Bundeskanzlers nach der verlorenen Bundestagswahl 1998 gab. Über die weitere Entwicklung der EU angesprochen meinte Kohl, Europa sei so fest gegründet „dass die jetzige deutsche Regierung ... die europäischen Grundpositionen nicht mehr verändern kann“. Was ihn in dieser Meinung bestärke, sei die Einführung des Euro. „Damit hat Europa den Rubikon überschritten. Und das war für mich der wichtigste Grund, warum ich noch einmal kandidiert habe. Ich habe natürlich um das Risiko gewusst. Für mich war entscheidend,

\* Die Autoren bedanken sich bei der Fritz Thyssen Stiftung für die finanzielle Förderung des Projekts und beim Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung für die infrastrukturelle Unterstützung. Wir danken den anonymen Gutachtern der PVS für wertvolle Hinweise.

dass wir die Einführung des Euro erreichten – und ich bin sicher, dies wäre ohne mich als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland nicht möglich gewesen“ (SZ am Wochenende 1999, Nr. 210, S. I). Der letzte entscheidende Schritt war der Beschluss am 2. Mai 1998 über den Eintritt in die 3. Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion zum 1.1.1999. Den Staats- und Regierungschefs einschließlich des deutschen Bundeskanzlers war damals klar, dass die deutsche Wählerschaft dem Euro mehrheitlich skeptisch bis ablehnend gegenüberstand.

Ein halbes Jahr vor einer wichtigen Bundestagswahl war diese Entscheidung für Kohl also riskant. Diese Lagebeurteilung ergibt sich unabhängig davon, ob man Kohls Argument für sein Festhalten am Kanzleramt als Rationalisierung ansieht oder nicht. Kohl war aber wohl bereit, das Risiko einer Gefährdung der Wiederwahl bzw. der CDU/CSU-FDP-Mehrheit im Bundestag einzugehen, um zum Zeitpunkt der Entscheidung, also im Frühjahr 1998, noch als starker deutscher Regierungschef auftreten zu können, der noch nicht den Eindruck der Machtteilung mit einem anderen Kanzlerkandidaten der CDU erwecken wollte. Schließlich waren auch noch Euroskeptiker im Unionslager zu überzeugen.

Man kann die deutsche Entscheidung für den Euro gegen eine skeptische Wählerschaft als Zeichen der Führungsstärke des vormaligen Kanzlers interpretieren. Oder man verweist defensiv auf den geringen Handlungsspielraum, der nach dem im Vertrag von Maastricht 1992 festgelegten Quasi-Automatismus im Frühjahr 1998 noch verblieb. In diesem Beitrag soll die Entscheidung zur Einführung des Euros in den 11 Ländern der Startphase nicht politisch bewertet werden. Uns interessiert vielmehr, inwieweit man mit den Mitteln der Wahlforschung das Risiko für die Wiederwahl berstimmen kann, das aus einer Regierungsentscheidung gegen die Wählermehrheit ein halbes Jahr vor einer Wahl resultiert.

Die damalige Koalition aus CDU/CSU und FDP erstrebte mit Kohl als Kanzlerkandidat eine erneute Regierungsmehrheit im 14. Deutschen Bundestag. Für diese angestrebte Wiederwahl war der im Vertrag von Maastricht vorgesehene Zeitpunkt für die endgültige Entscheidung zu Gunsten des Euro aus deutscher Sicht nicht optimal gewählt. Festgelegt worden war der Zeitplan bereits im Vertrag von Maastricht vom 7. Februar 1992, in dessen 10. Protokoll es zum Übergang zur dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion heisst: „Falls der Zeitpunkt für den Beginn der 3. Stufe Ende 1997 noch nicht festgelegt ist, beschleunigen die betreffenden Mitgliedsstaaten, die Gemeinschaftsorgane und die sonstigen beteiligten Gremien im Laufe des Jahres 1998 alle vorbereitenden Arbeiten, damit die Gemeinschaft am 1. Januar 1999 unwiderruflich in die 3. Stufe eintreten kann und die EZB [Europäische Zentralbank] und ESZB [Europäisches System der Zentralbanken] zu diesem Zeitpunkt ihre Tätigkeit in vollem Umfang aufnehmen können.“ Dass die entscheidenden Vorbereitungen für den Euro damit mit höchster Wahrscheinlichkeit in ein Bundestagswahljahr fallen würden, war bereits 1991 absehbar. Wegen der zu erwartenden skeptischen öffentlichen Meinung in Deutschland hätte man die Terminierung der endgültigen Euro-Entscheidung gegen Ende der Legislaturperiode des 13. Bundestags aus deutscher Sicht als problematisch antizipieren können. Die Literatur zum politischen Konjunkturzyklus lehrt uns jedenfalls, dass es besser ist, derartige Entscheidungen an den Anfang statt an das Ende einer Legislaturperiode zu legen (vgl. zusammenfassend Nannestad/Paldam 1994).

Ein erstes beruhigendes Argument der Wahlforschung besagt nun, dass die Wähler kurzzeitig seien und sich zum Wahlzeitpunkt nicht mehr an negativ eingestufte Ereignisse erin-

nern würden, vor allem wenn sie auf der politischen Agenda nie oberste Priorität eingenommen haben. Wir werden in Abschnitt 2 dieses Argument prüfen.

In Abschnitt 3 stellen wir die Ergebnisse einer eigenen Untersuchung der Einstellungen der deutschen Wählerschaft zum Euro mit dem Ziel vor, einige Ursachen der deutschen Euroskepsis herauszuarbeiten und mögliche Folgen für die Einstellung zur weiteren europäischen Integration zu berücksichtigen. Dann wird im 4. Abschnitt untersucht, welche europapolitischen Positionen die Wählerschaft den deutschen Parteien zuschreibt. Damit kann das Argument geprüft werden, dass das aus der Euro-Entscheidung möglicherweise resultierende Risiko der Wiederwahl der Regierung Kohl deshalb minimal gewesen sei, weil die etablierten Parteien sowieso alle denselben positiven Standpunkt vertreten hätten.

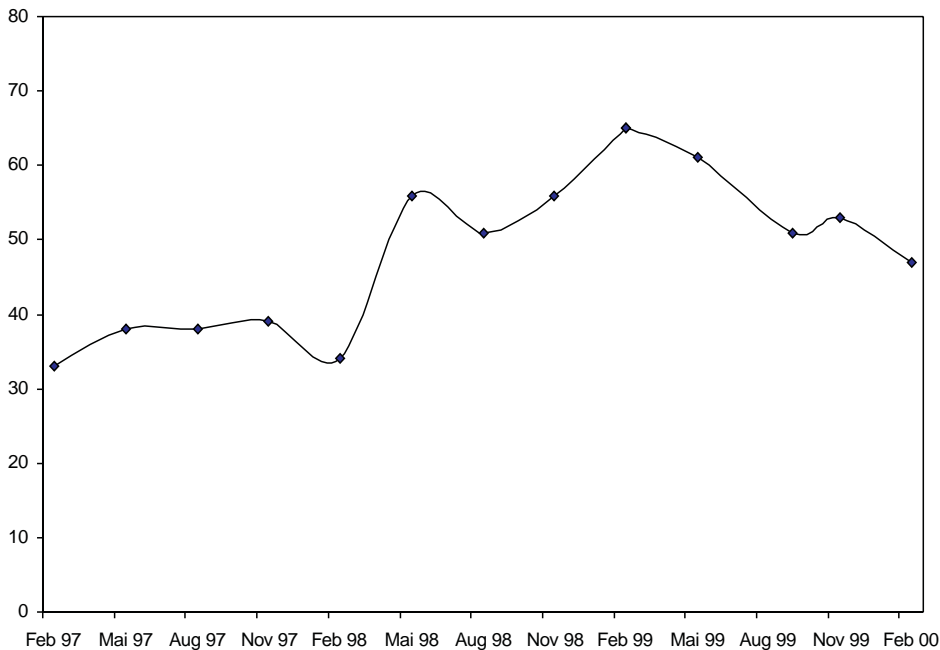
Nach diesen Vorarbeiten prüfen wir im 5. Abschnitt schließlich, ob sich die europapolitischen Einstellungen der Wählerschaft auf die Wahlabsicht ausgewirkt haben. Oder ist ersten sozialwissenschaftlichen Analysen der Bundestagswahl darin zu folgen, dass eine Bejahung dieser Frage so unwahrscheinlich ist, dass es sich gar nicht lohnt, sie überhaupt zu stellen (vgl. z.B. Jung/Roth 1998 oder Gabriel/Brettschneider 1998).

## *2. Die Entwicklung der deutschen öffentlichen Meinung vor und nach der Entscheidung des Europäischen Rats vom 2. Mai 1998*

Die Einführung des Euro zum 1.1.1999 bedeutete für die Deutschen zugleich die Abschaffung einer Währung, die eineinhalb Monate nach dem 2. Mai 1998 ihr 50-jähriges Jubiläum feiern konnte: die DM. Dass den Deutschen angesichts der Erfolgsgeschichte der DM der Abschied nicht leicht fiel, entging auch internationalen Beobachtern nicht. So überschrieb die New York Times ihren Artikel über das 50-jährige Jubiläum am 20. Juni 1998 mit den Worten: „Germans face loosing a loved one at age 50: The Mark“ (Sonntagsausgabe vom 21. Juni 1998). Gleichzeitig wurde in dem Artikel aber bereits berichtet, dass die lange mehrheitliche Ablehnung des Euro in der deutschen Wählerschaft zu bröckeln beginne.

Die mit Umfragen erfassbare öffentliche Meinung im Sinne der Politikpräferenzen der Wählerschaft ist keine feststehende Größe, die unabhängig von der Frageformulierung mit bestimmten Prozentsätzen der Befürworter und Gegner feststellbar wäre. Diese Schwankungsbreite in Abhängigkeit von der Frageformulierung bedeutet aber im Umkehrschluss nicht, dass es überhaupt keine feste öffentliche Meinung zu einem Problem gibt (vgl. z.B. Page/Shapiro 1991). Gerade die Einstellung zu einer gemeinsamen europäischen Währung war von 1992 bis zum Frühjahr 1998 in vielen Umfragen, u.a. in den Eurobarometer-Umfragen der Europäischen Kommission, erfasst worden. Dabei zeigte sich, dass die Ablehnung des Euro in Deutschland besonders ausgeprägt war, während in Ländern mit höheren Inflationsraten in der Vergangenheit und weniger unabhängigen Zentralbanken die Zustimmung bei weitem überwog (vgl. Eckstein/Pappi 1999; Westle/Staack 1998, und die dort jeweils angegebene Literatur). Deutschland stellte sogar insofern einen Sonderfall dar, als die Zustimmung zu einer gemeinsamen europäischen Währung ähnlich niedrig war wie in Großbritannien und Dänemark, also Ländern, die ihre nationalen Währungen beibehalten wollten (Kaltenthaler/Anderson 1999). An dem damaligen Überwiegen der Euro-Skepsis in Deutschland änderten auch Veränderungen der Frageformulierung wenig (vgl. Eckstein/Pappi 1999). Daraus lässt sich ableiten, dass die öffentliche Meinung innerhalb gewisser

Schaubild 1: Die Entwicklung der positiven Einschätzung des Euro<sup>1</sup> in der deutschen Wählerschaft



1 Frage: „Wenn Sie an die gemeinsame europäische Währung Euro denken, verbinden Sie mit ihr etwas sehr Positives, eher Positives, eher Negatives oder sehr Negatives?“ Prozentsatz derjenigen, die mit dem Euro etwas eher Positives oder sehr Positives verbinden.

Quelle: IPSOS Deutschland, Tendenzen der üblichen Meinung in Europa, jeweils ca. 1000 Personen, repräsentativ für die Bevölkerung ab 18 Jahren in Privathaushalten mit Telefonanschluss. Die Daten wurden uns von IPSOS Deutschland (Hamburg) dankenswerterweise zur Verfügung gestellt.

Schwankungsbreiten über den gesamten Zeitraum durchaus stabil war und sich somit der Einflussnahme von Seiten der Politiker entzog.

Man konnte im Frühsummer 1998 vermuten, dass nach der einmal getroffenen Entscheidung ein Anpassungsprozess einsetzen würde, der dem Gesetz der Normativität des Faktischen folgen würde: Die tatsächliche Einführung des Euro werde die Währung allmählich akzeptabel machen. Tatsächlich lässt sich zeigen, dass ein solcher Prozess ab Mai 1998 in Gang kam. Wir dokumentieren diese Entwicklung mit Daten in dreimonatigem Abstand, die bis zum Februar 2000 reichen (siehe Schaubild 1). Damit lässt sich zeigen, dass Veränderungen der Realität Änderungen der üblichen Meinung bewirkten: Zum einen ist unmittelbar nach der Entscheidung vom 2. Mai 1998 eine Zunahme der Zustimmung zum Euro auf über fünfzig Prozent zu konstatieren und zum anderen bewirkte die tatsächliche Einführung der neuen Währung zum Jahreswechsel 1998/1999 einen weiteren Anstieg der Zustimmung. Seit Februar 1999 nimmt diese Zustimmung in der deutschen Wählerschaft aber wieder kontinuierlich ab, und zwar offensichtlich in gewissem Gleichklang mit der Abwertung des Euro gegenüber dem Dollar.

Für unsere Fragestellung bleibt festzuhalten, dass die Einschätzung des Euro zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 1998 relativ günstiger war als noch einige Monate vorher. Von daher gesehen wäre ein möglicher negativer Einfluss auf die Wahlchancen der damaligen Regierungsparteien abgemildert, wenn auch nicht total verschwunden. Denn eine überwiegende Zustimmung zum Euro lässt sich in diese Daten nicht hinein interpretieren.

Eine Gefahr für die Wiederwahl einer Regierung ergibt sich nicht nur aus der Ablehnung bestimmter Regierungsentscheidungen, sondern, damit verstärkend oder abschwächend verbunden, auch aus der Priorität, die der Frage von der Öffentlichkeit beigemessen wird. Ein Standardmaß dafür ist die so genannte Agenda-Frage, die zum Beispiel im Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, wie folgt gestellt wird: „Was ist Ihrer Meinung nach gegenwärtig das wichtigste Problem in Deutschland?“ (Roth 1998: 117). Die Antworten eines repräsentativen Querschnitts der wahlberechtigten Bevölkerung auf diese Frage können als die öffentliche Agenda aus Wählersicht interpretiert werden. „Die Antworten geben in der Regel die öffentliche Diskussion in den Medien wieder bzw. die daraus abgeleiteten Ängste und Hoffnungen der Befragten ...“ (Roth 1998: 118).

Im ganzen Jahr 1998 nahm dabei das Problem der Arbeitslosigkeit mit weitem Vorsprung die oberste Prioritätsstufe ein: mindestens 80 Prozent der Befragten, die Angaben zu dieser offenen Frage machten, nannten dieses Problem (Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer 1998, Zentralarchiv-Nr. 3160). Wenn man zusätzlich an den weiteren Themen interessiert ist, die kleinere Teile der Wählerschaft für wichtig halten, muss man die Folgefrage nach einem weiteren wichtigen Problem heranziehen.

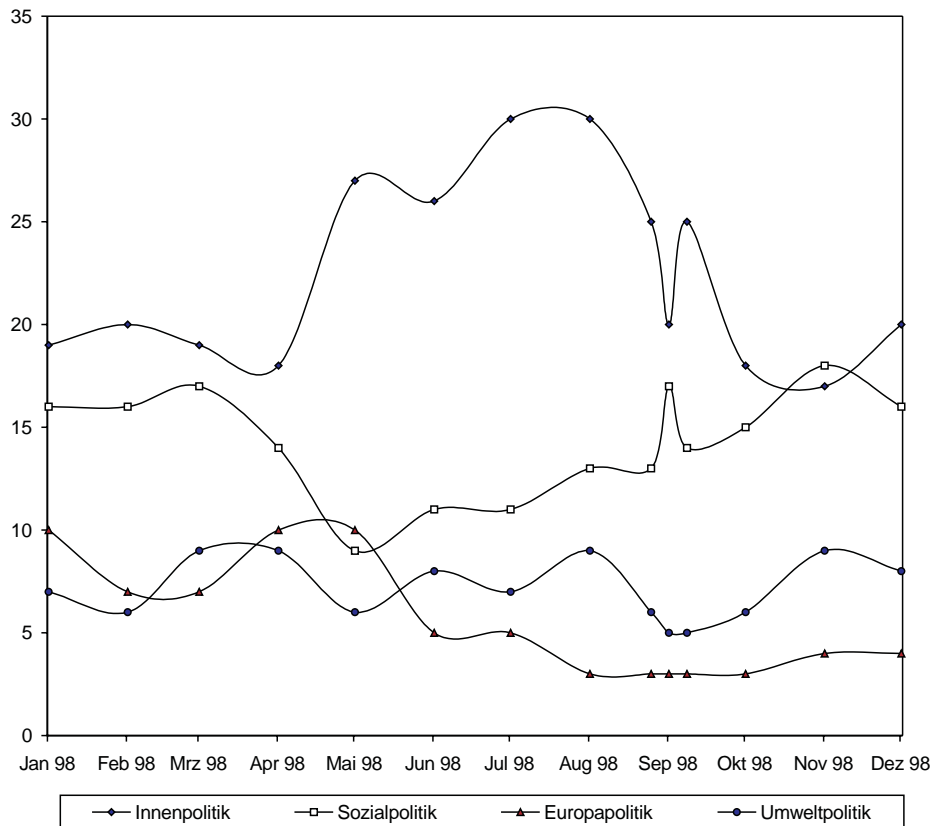
Die Antworten auf diese offene Frage werden von den Interviewern in vorcodierte Antwortkategorien eingeordnet, zu denen 1998 auch die Kategorie „EU/Europa/Euro“ gehörte. Um die relative Aufmerksamkeit, die dieses Thema fand, abschätzen zu können, sind in Schaubild 2 die entsprechenden Häufigkeiten für alle Monate des Jahres 1998 aufgeführt im Vergleich zu ausgewählten anderen Themen. Dazu zogen wir zum einen ein anderes Einzelthema heran, den Umweltschutz, und zum anderen die Themen „Ausländer, Asyl, Ruhe und Ordnung/Kriminalität und Rechtsradikale“, die hier zur Innenpolitik zusammengefasst sind, und die sozialpolitischen Themen der Alterssicherung, des Gesundheitswesens und der Sozialleistungen allgemein<sup>1</sup>.

Die öffentliche Agenda aus Wählersicht lässt für 1998 folgende Prioritätsklassen erkennen:

1. Das alles überragende Thema der hohen Arbeitslosigkeit;
2. Die Standardthemen der etablierten Politik, die den Durchschnittswähler wegen ihrer Auswirkungen auf seine wirtschaftliche Lage interessieren; dazu zählt die Sozialpolitik genauso wie die Wirtschafts- und Finanzpolitik;
3. Innenpolitische Themen, denen vor allem wegen der Ausländerthematik hohe Priorität zukommt, die ausserdem noch kurzfristig steigerbar ist;
4. Weitere Themen niedrigerer Priorität, zu denen die Umweltpolitik genauso gehört wie die EU-Politik einschließlich der gemeinsamen Währung. Die Zugehörigkeit zu dieser

<sup>1</sup> Häufiger genannte weitere Themen, die der Übersichtlichkeit wegen in Schaubild 2 nicht aufgeführt sind, können zum Politikbereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik zusammengefasst werden oder zu einem Bereich Familie, Jugend, Bildung. Die restlichen genannten Einzelthemen werden mit sehr geringen Häufigkeiten genannt und sind in sich zu heterogen, um sinnvoll zu allgemeineren Politikbereichen zusammengefasst werden zu können.

Schaubild 2: Die öffentliche Agenda<sup>1</sup> aus Wählersicht im Wahljahr 1998 nach Politikbereichen



1 Zweitwichtigstes Problem, klassifiziert nach den am häufigsten genannten Politikbereichen (a) Innenpolitik (Ausländer, Asyl, Ruhe und Ordnung, Rechtsradikale, (b) Sozialpolitik (Renten, Gesundheitswesen, Sozialleistungen), (c) Wirtschafts- und Finanzpolitik (in Schaubild nicht aufgeführt, liegt in der Häufigkeit knapp unter der Sozialpolitik), (d) Umweltpolitik, (e) Europapolitik (EU, Euro), (f) Familie, Jugend, Bildung (in Schaubild nicht aufgeführt, liegt knapp unter der Umweltpolitik).

Quelle: Politbarometer 1998, eigene Auswertung der im Zentralarchiv für empirische Sozialforschung unter der Nr. 3160 archivierten Daten.

letzteren Kategorie garantiert den Politikern einen gewissen Schutz vor negativen Wählerreaktionen, wenn sie eine Politik gegen die Policypräferenzen eines größeren Teils der Wählerschaft durchsetzen. Trotzdem handelt es sich um Themen, die auch auf der öffentlichen Agenda stehen, sodass die Politiker in diesen Bereichen nicht unter Ausschluss der Öffentlichkeit handeln können. Negative Wirkungen auf die Wiederwahlchancen können also durchaus eintreten, selbst wenn sie sich in Grenzen halten werden und keine erdrurtsartigen Verluste oder Gewinne auslösen dürften. Sie können aber, zusammen mit weiteren Themen gleicher oder etwas höherer Priorität, durchaus ihren Teil zu Wahlniederlagen und Wahlsiegen beitragen.

Gegen einen größeren Einfluss der Europapolitik auf die Ergebnisse der Bundestagswahl spricht auch die zeitliche Entwicklung der Priorität dieses Themas. Offensichtlich nahm das Interesse am Euro nach der Entscheidung vom 2. Mai 1998 ab. Lag der Prozentsatz der Befragten, die die Europapolitik als zweitwichtigstes Thema nannten, im Januar, Februar, April und Mai knapp vor der Umweltpolitik, sank das Interesse danach auf etwa die Hälfte ab, sodass dann die Umweltpolitik durchwegs von mehr Befragten genannt wurde als die Europapolitik.

Die von uns im nächsten und übernächsten Abschnitt analysierte Umfrage war nach der endgültigen Entscheidung vom 2. Mai im Feld, also zu einem Zeitpunkt, als die Aufmerksamkeit für dieses Thema bereits im Abnehmen begriffen war. Der Schluss von der Situation zum Befragungszeitpunkt nach der endgültigen Entscheidung auf Folgen für die Wahlentscheidung erscheint von daher gesehen unproblematisch. Diese Situation auf Wählerseite bezüglich der Einschätzung des Euro wird im nächsten Abschnitt untersucht.

### *3. Die Einstellung zum Euro und zur weiteren europäischen Integration nach der Entscheidung vom 2. Mai 1998*

Im Folgenden greifen wir zur genaueren Analyse des möglichen Einflusses der Einstellung zum Euro auf die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 1998 auf eine eigene Befragung zurück, die von Mitte Mai bis Mitte Juni 1998 als so genannte CAPI-Umfrage (Computer-Assisted Personal Interview) im Feld war. Befragt wurden 1001 westdeutsche und 495 ostdeutsche Wahlberechtigte<sup>2</sup>. Das Fragenprogramm umfasste nur eine direkte Frage nach der Einstellung zur Einführung des Euro zum 1. Januar 1999, zwei Fragen über die damit verbundenen Erwartungen bzw. Befürchtungen, und zwar bezüglich der weiteren Entwicklung der Arbeitslosigkeit und des Aussenwerts des Euro, und schließlich eine Frage zur künftigen europäischen Integration. Die Ergebnisse werden jeweils ungewichtet für West- und Ostdeutschland mitgeteilt und dann gewichtet für die Bundesrepublik insgesamt<sup>3</sup>.

Die direkte Frage nach der Beurteilung des Euro als gemeinsamer Währung von 11 Mitgliedsstaaten wurde von uns nicht als harte Alternative formuliert, sondern unterschieden danach, ob jemand sehr gegen den Euro ist, etwas dagegen, etwas dafür oder sehr dafür. Die Gruppe der harten Euro-Gegner betrug damals bundesweit 25 Prozent, während sich 27 Prozent als weniger harte Gegner zu erkennen gaben. Wir nehmen an, dass in der Gruppe dieser schwachen Gegner sich Befragte befinden, die im Grundsatz einer gemeinsamen europäischen Währung zustimmen, aber nicht zu den Bedingungen, die die Staats- und Regierungschefs Anfang Mai beschlossen hatten. Wie aus bisherigen Erhebungen weiterhin bekannt ist, war die Gegnerschaft zum Euro in Ostdeutschland sehr viel ausgeprägter als in

<sup>2</sup> Die Befragung erfasste die deutschsprachige Wohnbevölkerung in Privathaushalten ab 14 Jahren. In den oben angegebenen Fallzahlen sind die noch nicht wahlberechtigten Jugendlichen bereits herausgerechnet und ebenso die Erwachsenen, die angaben, nicht wahlberechtigt zu sein. Eine direkte Frage nach der Staatsbürgerschaft fehlte. Die Umfrage wurde von Infratest, München, durchgeführt als Teil einer Mehrthemenerhebung primär nicht-politischen Inhalts.

<sup>3</sup> Die ungewichteten Aussagen beziehen sich auf Haushalte und nicht auf Personen. Die Gewichtung enthält neben soziodemographischen und regionalen Anpassungen auch die Umrechnung der Haushalts- auf eine Personenstichprobe.

*Tabelle 1:* Einstellung zur Einführung des EURO zum 1.1.1999 in 11 EU-Mitgliedsstaaten

Einstellung zum Euro <sup>1</sup>		Westdeutschland %		Ostdeutschland %		BRD gewichtet <sup>2</sup> %	
sehr dafür (4)		18,1	} 49,7	6,5	} 28,8	16,7	} 48,2
etwas dafür (3)		31,6		22,3		31,5	
etwas dagegen (2)		25,8	} 50,4	35,6	} 71,2	26,6	} 51,8
sehr dagegen (1)		24,6		35,6		25,2	
n		862		430		1272,3	
% weiß nicht		13,9		13,0		14,6	
N		1001		494		1490,6	

1 Frage: „Nun möchte ich Ihnen ein paar Fragen zum EURO stellen: Am 1. Januar 1999 tritt die Europäische Währungsunion in Kraft, an der sich 11 EU-Mitgliedsstaaten, darunter auch Deutschland, beteiligen werden. Das bedeutet, dass die D-Mark durch eine europäische Währung, den EURO, ersetzt wird. Wie ist Ihre Meinung zur Einführung einer einheitlichen europäischen Währung? Sind Sie ...?“ Die Antwortkategorien sind in der im Fragebogen vorgegebenen Reihenfolge aufgeführt, die Ziffern in Klammern sind die für statistische Berechnungen verwendeten Werte.

2 Gewichtete Auszählung, Gewicht enthält Umrechnungsfaktor von Haushalts- auf Personens Stichprobe, soziodemographische und regionale Gewichtung. Grundgesamtheit sind Wahlberechtigte in Privathaushalten der Bundesrepublik.

Westdeutschland. Der Grad der Meinungsbildung war in Ost und West in etwa gleich groß, weil nur 13 bzw. 14 Prozent auf die Frage mit „weiß nicht“ antworteten.

Als mögliche Ursachen der Einstellung zum Euro kommen die mittelfristigen Erwartungen in Frage, die sich die Wahlberechtigten im Hinblick auf die neue Währung gebildet hatten. Dabei verzichteten wir auf eine Erfassung der Inflationserwartung, die in der öffentlichen Debatte durch Schlagworte wie „starker versus schwacher Euro“ eine relativ große Aufmerksamkeit fand. Mit einem schwachen Euro verbanden sich damals Inflationsängste, wobei schon die Erwähnung des Begriffes Inflation in deutschen Ohren negative Assoziationen mit dem Euro ausgelöst haben dürfte. Aus diesem Grund verzichteten wir auf diese Frage und beschränkten uns bei den mittelfristigen Erwartungen auf mögliche Einflüsse der neuen Währung auf die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Deutschland und den zu erwartenden Aussenwert des Euro im Vergleich zu anderen Weltwährungen wie z.B. dem US-Dollar.

War die Einführung des gemeinsamen Binnenmarktes von vielen Politikern noch als wirtschaftlicher Wachstumsimpuls angepriesen worden, fehlten derartige Argumente in der deutschen Debatte zum Euro. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass die an sich schon skeptische öffentliche Meinung auch bezüglich eines erwarteten Rückgangs der Arbeitslosigkeit in Deutschland durch den Euro relativ skeptisch ausfiel. Nur 9 Prozent waren 1998 der Meinung, die Arbeitslosigkeit werde durch die Einführung des Euro eher abnehmen. 40 Prozent glaubten eher an eine Zunahme und 52 Prozent äusserten die Erwartung, der Euro werde die Arbeitslosigkeit nicht beeinflussen. Das Verhältnis von Neutralen und Skeptikern ist in Ostdeutschland genau umgekehrt wie in Westdeutschland. Die Ostdeutschen befürchteten mehrheitlich mit 58 Prozent eine Zunahme der Arbeitslosigkeit, während die Westdeutschen mit einer Mehrheit von 52 Prozent an ein Gleichbleiben der Arbeitslosigkeit glaubte.



Tabelle 2: Erwartungen der Deutschen bezüglich des EURO

		Westdeutschland	Ostdeutschland	BRD, gewichtet
im Hinblick auf Arbeitslosigkeit <sup>1</sup>		%	%	%
wird				
– eher zunehmen	(3)	37,7	58,1	40,0
– eher abnehmen	(1)	10,4	4,0	8,8
– gleich bleiben	(2)	51,9	38,0	51,2
n		838	453	1250,5
% weiß nicht		16,3	8,3	16,1
N		1001	494	1490,6
im Hinblick auf Außenwert des EURO <sup>2</sup>		%	%	%
wird				
– an Wert gewinnen	(3)	7,7	5,4	7,3
– an Wert verlieren	(1)	54,3	60,5	54,8
keine Veränderung	(2)	38,0	34,0	37,8
n		810	423	1218,5
% weiß nicht		19,1	14,4	18,3
N		1001	494	1490,6

1 Frage: Über die möglichen Folgen einer gemeinsamen europäischen Währung wird viel diskutiert. Was glauben Sie: Wird die Arbeitslosigkeit in Deutschland durch den Euro eher zunehmen, eher abnehmen oder bleiben wie sie ist?

2 Frage: Wird unsere Währung, die D-Mark, Ihrer Meinung nach durch die Umstellung auf den Euro im Vergleich zu anderen Weltwährungen, z.B. dem US-Dollar, an Wert gewinnen, verlieren, oder werden sich keine Veränderungen ergeben?

Die zweite abgefragte Erwartung bezieht sich auf den Aussenwert des Euro. In dieser Frage sind die Einschätzungen der Ost- und Westdeutschen einander ähnlicher und es überwiegt die Befürchtung, der Euro werde im Vergleich zum US-Dollar an Wert verlieren. Diese Erwartung äussern in Westdeutschland 54 Prozent und in Ostdeutschland 61 Prozent der Befragten, was einem gewichteten gesamtdeutschen Wert von 55 Prozent Skeptikern entspricht. Der Prozentsatz der Befragten, der auf die Erwartungsfragen mit „weiß nicht“ antwortet, ist in Westdeutschland höher als in Ostdeutschland. Dies deutet darauf hin, dass die Ostdeutschen von einer vergleichsweise schlechteren Ausgangsbasis ausgehend sich mehr Gedanken über die wirtschaftliche Zukunft machten und dabei auch den Euro stärker einbezogen haben als die Westdeutschen.

Wie wird sich nun die Einführung des Euro als Ersatz für die D-Mark in Deutschland auf die generelle Einstellung zur weiteren europäischen Integration auswirken? Hier ergibt sich ein Berührungspunkt unserer nationalen Fragestellung zu Studien über die öffentliche Meinung zur EG bzw. EU in den Wählerschaften der Mitgliedsländer<sup>4</sup>. Ein plausibles Konzept zur Interpretation der Haltung nationaler Wählerschaften zur europäischen Integrationspolitik ihrer Regierungen war der „permissive consensus“. Unter Rückgriff auf das Konstrukt der „permissive opinion distribution“ von Key (1961) beschreiben Lindberg und Schein-

<sup>4</sup> Vgl. dazu umfassend Niedermayer/Sinnott (1995), außerdem Anderson/Reichert (1996), Eichenberg (1998), Gabel (1998), Hix (1999) als neuere Untersuchungen.

gold (1970: 41–42) damit eine Situation, in der die nationalen Wählerschaften ihre Regierungen gewähren lassen, sie unterstützend oder leicht bremsend, aber auf keinen Fall die weitere EG-Entwicklung entscheidend beeinflussend. Diese Situation hat sich offensichtlich mit dem Vertrag von Maastricht und dem ersten, ablehnenden Referendum der Dänen vom Juni 1992 geändert (vgl. Reif 1993). Die Unterstützung der weiteren europäischen Integration nahm im Zeitraum von Frühjahr 1991 bis zum Herbst 1992 in fast allen Mitgliedsländern der EU ab (Niedermayer 1995: 70), was zu einem großen Teil, vor allem in Deutschland, auf die skeptische Einstellung zur europäischen Währungsunion zurückzuführen sein dürfte. Hinzu kommt der in Deutschland weit verbreitete Glaube, dass die Bundesrepublik wegen ihrer Position als Nettozahler in den EU-Haushalt von der europäischen Integration weniger Vorteile habe als andere Länder. Letztere Einstellung gegenüber der EU nennt Hix (1999: 138–140) die utilitaristische Perspektive, die er von einer diffusen affektiven Unterstützung (in Anlehnung an Easton 1975) unterscheidet. In den 90er Jahren hat die „utilitaristisch“ begründete Europaskepsis in Deutschland viel weiter um sich gegriffen als in den anderen Gründungsmitgliedern der EWG. Die Deutschen waren zusammen mit den Neumitgliedern aus Österreich, Finnland und Schweden und zusammen mit den Briten am wenigsten von den Vorteilen einer EU-Mitgliedschaft für ihr Land überzeugt (Hix 1999: 140–144).

Wir haben versucht, diese Problematik mit einer Frage zu erfassen, die in zweierlei Hinsicht von gängigen Einstellungsfragen zur europäischen Integration abweicht. Zum einen beziehen wir uns nicht unspezifisch auf eine weitere europäische Integration, sondern konkret eine gemeinsame europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik im Unterschied zu einer rein nationalen Politik in diesen Bereichen. Zum anderen fixieren wir für den Wähler den status quo auf den mit der Einführung des Euro erreichten Zustand. Konkret lautete die Frage: „Mit dem Beschluss zur Einführung einer gemeinsamen Währung, des Euro, wird die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Europäischen Union weiter vorangetrieben. Man kann das auf der folgenden Skala von 0 bis 100 darstellen. Beim Wert 0 ist die Bundesrepublik unabhängig, macht ihre eigene Wirtschafts- und Sozialpolitik und hat als Währung die D-Mark. Beim Wert 100 gibt es nur noch eine Wirtschafts- und Sozialpolitik der Europäischen Union ohne eigenständige deutsche Regelungen. Die jetzt beschlossene Währungsunion der elf EU-Staaten haben wir auf den Wert 50 gesetzt.“ Die Befragten sollten zuerst ihre eigene Meinung dazu und dann die Standpunkte der deutschen Parteien angeben.

Ein Drittel der Deutschen würde, unter den von der Frage aufgezeigten Alternativen, weniger Integration bevorzugen, als mit der Einführung des Euro erreicht wurde. Dabei liegt dieser Prozentsatz mit 39 Prozent in Ostdeutschland im Vergleich zu den 32 Prozent in Westdeutschland wieder deutlich höher. Trotzdem ist bemerkenswert, dass in beiden Teilen Deutschlands die Anhänger einer über den jetzt erreichten status quo hinausgehenden Integration eine relative Mehrheit haben. 46 Prozent in Westdeutschland und 42 Prozent in Ostdeutschland wollen über den status quo hinausgehen. Der Grad der Meinungsbildung ist, was angesichts der Schwierigkeit der Frage beachtenswert ist, relativ hoch. Nur 10 Prozent antworteten auf diese Frage mit „weiß nicht“. Man kann die Ergebnisse dieser Frage so interpretieren, dass mit der Einführung des Euro auch gegen den Widerstand der Mehrheit der deutschen Wahlberechtigten die allgemeine Europaskepsis zwar befördert, aber nicht überproportional gesteigert wurde. Die Deutschen sind euro-skeptischer geworden, aber nicht in einem Ausmaß, dass eine allgemeine Europaskepsis mehrheitsfähig geworden wäre.

Tabelle 3: Einstellung zur weiteren wirtschafts- und sozialpolitischen Integration der EU

Einstellung <sup>1</sup>		Westdeutschland	Ostdeutschland	BRD, gewichtet
		%	%	%
weniger Integration	(1)	31,6	39,0	32,8
für status quo	(2)	23,0	19,1	20,2
mehr Integration	(3)	45,5	41,9	47,0
n		893	444	1337,2
% weiß nicht		10,8	10,1	10,3
N		1001	494	1490,6

1 Frage: „Mit dem Beschluss zur Einführung einer gemeinsamen Währung, des Euro, wird die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Europäischen Union weiter vorangetrieben. Man kann das auf der folgenden Skala von 0 – 100 darstellen. Beim Wert 0 ist die Bundesrepublik völlig unabhängig, macht ihre eigene nationale Wirtschafts- und Sozialpolitik und hat als Währung die D-Mark. Beim Wert 100 gibt es nur noch eine Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Europäischen Union ohne eigenständige deutsche Regelungen. Die jetzt beschlossene Währungsunion der 11 EU-Staaten haben wir auf den Wert 50 gesetzt.

Wie ist Ihre eigene Meinung? Welches Ziel sollte auf Dauer erreicht werden?

Wenn Sie *mehr* gemeinsame Wirtschafts- und Sozialpolitik in Europa – über die Währungsunion hinaus – für richtig halten, wählen Sie bitte einen Wert, der größer ist als 50 bis hin zu 100. Sind Sie für *weniger* gemeinsame Wirtschafts- und Sozialpolitik in Europa, als sie mit der Währungsunion erreicht ist, wählen Sie bitte einen Wert auf der Skala, der kleiner ist als 50 bis hin zum Wert 0.“

Für die Tabellendarstellung auf drei Kategorien umkodiert: 0 bis 49 = 1, 50 = 2, 51 bis 100 = 3).

Dass die negative Einstellung zum Euro nicht voll auf die Einstellung zur weiteren europäischen Integration durchschlug, zeigt sich darin, dass die Korrelation zwischen den beiden Einstellungen zwar wie erwartet positiv ist, aber mit einem Gamma von 0,53 in Ost- und in Westdeutschland nur mäßig positiv (vgl. Tabelle 4). Wer für den Euro ist, ist mit Prozentwerten von 66 bis 72 Prozent auch für eine weitere stärkere Integration Europas, wer dagegen ist, ist aber nicht ganz so konsequent auch gegen eine weitere Integration. 23 Prozent der sehr starken Gegner des Euro halten immerhin eine weitere wirtschafts- und sozialpolitische Integration Europas für wünschenswert und sogar ein knappes Drittel derer, die nur etwas gegen den Euro sind. Hier zeigt sich also eine gewisse Asymmetrie zwischen Befürwortern und Gegnern des Euro zu Gunsten einer weiteren europäischen Integration im Politikfeld der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Zwischen Ost- und Westdeutschland bestehen, wie auch schon in dem gleichen Korrelationsmaß von 0,53 zum Ausdruck kommt, bei diesen Zusammenhängen keine Unterschiede.

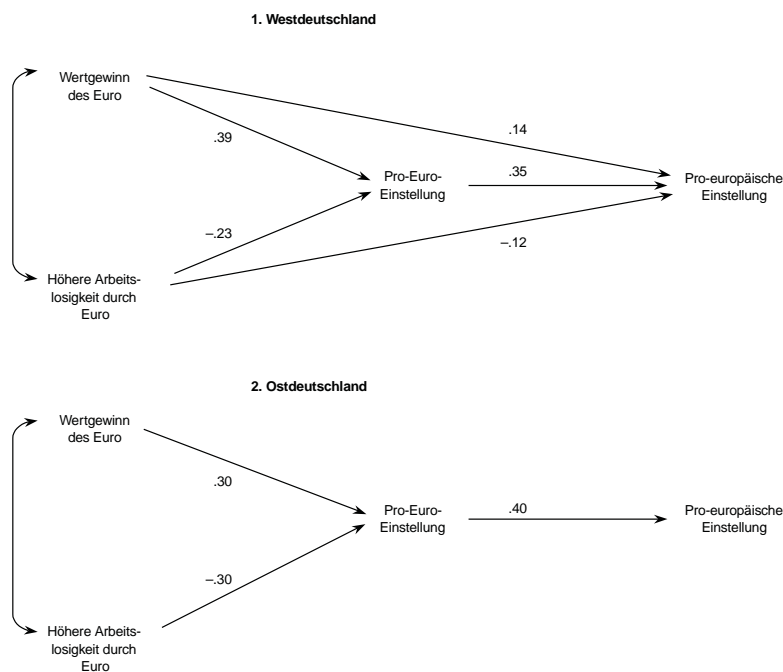
Die Zusammenhänge zwischen den Erwartungen für den Euro und der Einstellung zur neuen Währung und zur weiteren europäischen Integration lassen sich in einem Kausalmodell darstellen, bei dem die Erwartungen die Einstellungen zum Euro und diese wiederum die Einstellung zur weiteren Integration beeinflussen (siehe Schaubild 3). Dabei ist die Situation in Ostdeutschland einfacher, weil zum einen die arbeitsmarktpolitischen Befürchtungen denselben Effekt auf die Euro-Einstellung haben wie die Wechselkurserwartungen und weil zum anderen die Euro-Einstellung die Erwartungen vollständig, als echte intervenierende Variable, auf die Präferenz bezüglich der künftigen Integration überträgt. In Westdeutschland wirken sich dagegen die Erwartungen noch zusätzlich, auch bei Kontrolle der

Tabelle 4: Korrelation der Einstellungen/Erwartungen zur künftigen Entwicklung des Euro bzw. der EU<sup>1</sup>

	Pro Euro	Zunahme Arbeitslosigkeit	Wertgewinn Euro	Pro EU-Integration
<b>Westdeutschland</b>				
Pro Euro (1–4)	1,0			
Zunahme Arbeitslosigkeit (1–3)	-0,48	1,0		
Wertgewinn Euro (1–3)	0,64	-0,48	1,0	
Pro EU-Integration (1–3)	0,53	-0,42	0,47	1,0
<b>Ostdeutschland</b>				
Pro Euro (1–4)	1,0			
Zunahme Arbeitslosigkeit (1–3)	-0,57	0,1		
Wertgewinn Euro (1–3)	0,61	-0,65	1,0	
Pro EU-Integration (1–3)	0,53	-0,44	0,46	1,0

1 Frageformulierungen und Werte der Antwortkategorien siehe Tabellen 1 bis 3; Korrelationsmaß  $\gamma$ .

Schaubild 3: Kausalmodell der europapolitischen Erwartungen und Einstellungen<sup>1</sup>



Euro-Einstellung, auf die Integrationspräferenz aus. Außerdem zeigen sich die Westdeutschen sensibler gegenüber einem Wertverlust des Euro im Außenverhältnis.

Neben der Einstellung zum Euro und der Priorität des Themas ist eine weitere Vorbedingung für wahrrelevante Auswirkungen die Zurechenbarkeit der entsprechenden Integra-

tionspolitik zu einer politischen Partei. Würden alle Parteien in gleicher Weise für die Politik verantwortlich gemacht, bliebe nur der Ausweg einer Protestwahl oder des Rückzugs in die Wahlenthaltung. Wären alle im Bundestag vertretenen Parteien von Protest- und Nicht-Wählern in gleicher Weise betroffen, würde kein Nettoeffekt der Euroskepsis auf der Aggregatebene feststellbar sein. Inwieweit die Regierungsparteien in besonderer Weise als Vertreter der europäischen Integrationspolitik unter den Auspizien der Euro-Einführung wahrgenommen wurden, wird im nächsten Abschnitt untersucht.

#### *4. Die Wahrnehmung der Parteistandpunkte bezüglich der weiteren europäischen Integration*

Nach den auf Downs (1968) zurückgehenden räumlichen Modellen der Parteienkonkurrenz lassen sich die strittigen Themen eines Wahlkampfes unter bestimmten Voraussetzungen auf so genannten Policy-Skalen ordnen, wie wir sie im vorliegenden Fall nur für die weitere europäische Integration in der Wirtschafts- und Sozialpolitik aufgespannt haben. Die Befragten haben in der Regel keine Probleme, ihre meist präferierte Position auf einer derartigen Einstellungsskala anzugeben. Größere Probleme bereitet ihnen die Angabe der Parteipositionen als Antwort auf Wahrnehmungsfragen für jede Partei. Eine hohe Zahl von „Weiß nicht“-Angaben ist dafür eine Illustration. Der Wähler mit vollständigen Wahrnehmungen kann dann die Policy-Distanz zwischen dem eigenen Standpunkt und den wahrgenommenen Standpunkten für jede Partei bestimmen. Je größer die Distanz zwischen einem Wähler und einer Partei, desto kleiner wird, *ceteris paribus*, die Wahrscheinlichkeit zur Wahl dieser Partei sein. Aus dem Vergleich zwischen dem Mittelwert der Wählereinstellungen und den Mittelwerten der wahrgenommenen Parteipositionen ergeben sich erste Hinweise auf Vor- und Nachteile der Parteien auf dem Wählermarkt. Je größer die Distanz zwischen dem Wählermittelwert und dem Durchschnittswert der Wählerwahrnehmung einer Partei, desto ungünstigere Voraussetzungen muss die Partei in der entsprechenden Frage in Kauf nehmen.

In Tabelle 5 sind die Ausgangsdaten für eine derartige Durchschnittsbetrachtung zusammengestellt. Das allgemeine Wahrnehmungsmuster ist durch relativ europafreundliche Positionen derjenigen Parteien gekennzeichnet, die zum Befragungszeitpunkt im Bund schon einmal Regierungsverantwortung übernommen hatten. Dies sind die CDU/CSU als die europafreundlichste Partei, gefolgt von der SPD und der FDP. Die Ost- und Westdeutschen stimmen in dieser Reihenfolge überein, selbst wenn die Ostdeutschen diese etablierten Parteien auf der vorgegebenen Skala noch europafreundlicher einstufen als die Westdeutschen. In beiden Landesteilen folgt dann der Durchschnittswähler mit seiner eigenen europapolitischen Präferenz und die wahrgenommene Position von Bündnis'90/den Grünen als weniger europafreundlich und der PDS als am wenigsten europafreundlich. Die Ergebnisse entsprechen den Befunden einer äusserst europafreundlichen Haltung der deutschen Eliten und einer im Vergleich dazu skeptischeren Öffentlichkeit (Hix 1999: 159). Die Grünen wurden dabei vor der Bundestagswahl 1998 vom Durchschnittswähler noch als europaskeptische Aussenseiter gesehen, wenn auch weniger ausgeprägt als die PDS. Ganz ohne Zweifel nahm auf der anderen Seite die CDU/CSU die integrationspolitische Spitzenstellung ein.

*Tabelle 5:* Wahrnehmung der Parteipositionen bezüglich der angestrebten europäischen Integration<sup>1</sup> und eigene Policypräferenz der Befragten in West- und Ostdeutschland

Parteiwahrnehmungen bzw. eigene Präferenz	Mittelwert	Standardabweichung	n	% von N ohne Angabe <sup>2</sup>	N
<b>Westdeutschland</b>					
CDU/CSU	67,2	21,6	763	23,8	1001
SPD	60,1	19,4	755	24,6	1001
FDP	56,5	24,4	683	31,8	1001
B'90/Grüne	48,4	25,7	674	32,7	1001
PDS	29,1	25,6	600	40,1	1001
Eigene Präferenz	54,2	25,3	893	10,8	1001
<b>Ostdeutschland</b>					
CDU/CSU	74,6	24,0	382	22,7	494
SPD	65,5	20,5	377	23,7	494
FDP	62,3	27,7	353	28,5	494
B'90/Grüne	47,5	24,1	344	30,4	494
PDS	39,6	25,1	346	30,0	494
Eigene Präferenz	50,9	27,6	444	10,1	494

- 1 Nach der in Tabelle 3 wiedergegebenen Frage zur Einstellung des Befragten lautete die Anschlussfrage: „Und wenn Sie jetzt an die deutschen Parteien denken, die CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis'90/Die Grünen und die PDS. Welchen Umfang an wirtschafts- und sozialpolitischer Zusammenarbeit in der EU streben Ihrer Meinung nach die einzelnen Parteien an? Welchen die CDU/CSU? ...“ usw.
- 2 Die Angaben bzw. Nichtangaben über die Parteien bilden fast eine perfekte Guttman-Skala, sodass nur wenige Korrekturen notwendig sind, um sicherzustellen, dass alle, die die Position der PDS wahrnahmen, auch vollständige Angaben zu den restlichen Parteien hatten usw. in der hierarchischen Abfolge B'90/Grüne, dann FDP, dann SPD und schließlich CDU/CSU. Mit den Korrekturen (Reproduktionskoeffizient nach Guttman 0.98 bzw. 0.99 für West- bzw. für Ostdeutschland, siehe Borg und Staufenbiel 1993: 136–139) ist sichergestellt, dass bei einer Wahrnehmung nur die CDU/CSU einen gültigen Wert hat, bei zwei Wahrnehmungen die CDU/CSU und SPD usw. Ab Tabelle 7 werden nur diese korrigierten Werte verwendet.

Der stärker am status quo orientierte Durchschnittswähler musste dies als Nachteil empfinden.

Aus den Standardabweichungen für die Wahrnehmungen geht hervor, dass sich die Befragten relativ unsicher bei der Einstufung waren. Normalerweise würde man erwarten, dass die Standardabweichung der Wähler-Präferenz sehr viel größer ist als die Standardabweichung der Parteienwahrnehmung, bei welcher Aufgabe die Befragten quasi ein Expertenurteil zu Protokoll geben. Darauf sollte sich die eigene Einstellung nicht auswirken. In Westdeutschland zeigt sich hier eine klare Trennung zwischen den großen und kleinen Parteien. Die Standardabweichung für CDU/CSU und SPD ist kleiner als die für die drei kleinen Parteien. In Ostdeutschland ist dieser Trend im Kern vorhanden, aber weniger stark ausgeprägt. Dort ist ausgerechnet die Partei des damaligen Außenministers, die FDP, diejenige, über deren Standpunkt sich die Befragten am wenigsten einig sind.

Nicht zu übersehen sind die hohen Prozentwerte der Befragten, die sich zu keiner Angabe über die Parteistandpunkte in der Lage sahen. Hier zeigt sich für Ost- und Westdeutschland insofern dasselbe Muster, als eindeutig die großen Parteien diejenigen sind, über die man

sich noch am ehesten ein Urteil zutraut. Es kommt von den kleinen Parteien dann zunächst die FDP als die kleinere Regierungspartei, dicht gefolgt von Bündnis'90/den Grünen, bei denen im Westen bereits ein Drittel der Befragten keine Angabe machten, im Osten 30,4 Prozent. Der Unterschied in der Einstufung der PDS zwischen Ost- und Westdeutschland ist leicht erklärbar. Die westdeutschen Wähler wissen sehr viel schlechter über diese Partei Bescheid als die ostdeutschen. Aber auch in Ostdeutschland muss die PDS mit dem Status einer kleinen Partei vorlieb nehmen, über deren Policy-Standpunkte weniger Wahlberechtigte eine Angabe machen können als über die von CDU/CSU und SPD.

Das Muster der Vollständigkeit der Wahrnehmung ist so systematisch angelegt, dass man aus den Angaben und Nichtangaben zu den Standpunkten der einzelnen Parteien sehr leicht eine Guttman-Skala bilden kann. Wer den Standpunkt der CDU als der größten Regierungspartei nicht wahrnimmt, nimmt auch mit größter Wahrscheinlichkeit die Standpunkte der anderen Parteien nicht wahr, und umgekehrt nehmen 95 Prozent derer, die eine Wahrnehmung für die PDS zu Protokoll geben, die Positionen der anderen vier Parteien vollständig wahr. Dies gilt in gleicher Weise in Ost- und Westdeutschland. Dieses Antwortmuster ist nicht als zufällig anzusehen, sondern ist vom Charakter des Parteiensystems determiniert. Dies zeigt sich, wenn man mit derselben Art Fragen die Parteiwahrnehmungen für andere Politikfelder abfragt. Kleine Parteien können aus diesem Dilemma einer von der Wählerschaft unvollständig und darüber hinaus noch ungenau wahrgenommenen Position nur herauskommen in Politikfeldern, die von den Wählern als Hauptdomäne dieser Parteien angesehen werden. Dies ist z.B. die Umweltpolitik für die Grünen. Darüber hinaus dürfte bei den kleinen Parteien ein negativer Projektionseffekt eine Rolle spielen, der aber auch für die großen nicht ganz ausgeschlossen werden kann. Man schließt von seiner allgemein negativen Bewertung einer Partei auch auf eine große Distanz vom eigenen Standpunkt bei konkreten Sachfragen.

Eine zentrale Frage ist, wie die Wähler zu ihren Wahrnehmungen der Parteistandpunkte kommen. Hier folgen wir der Theorie von Hinich und Munger (1994) und nehmen an, dass die Wähler Heuristiken verwenden, die ihnen die Wahrnehmung erleichtern. Wichtig ist dabei, dass diese Heuristiken nicht zu sehr voneinander abweichen, sodass eine politische Kommunikation zwischen Parteien und Wählerschaft bezüglich der jeweiligen Themen möglich ist. Erst ein gewisser Konsens der Wähler über die Position der Parteien erleichtert den Parteien die Wahlkampfführung in der Form bestimmter Politikangebote, die sie der Wählerschaft machen. So könnte die CDU/CSU unserer Tabelle 5 die Information entnehmen, dass sie als europafreundlichste Partei wahrgenommen wurde und mit dieser Position weiter vom Durchschnittswähler entfernt war als die SPD.

Welche Heuristik kann man nun aus den europapolitischen Wahrnehmungen der Wähler in Deutschland erschließen? Der Reiz der Europapolitik liegt darin, dass das übliche Links-Rechts-Muster schwer anzuwenden ist. Dies erschwert den Wahlberechtigten die Orientierung, sie können die üblichen „Transformationsformeln“ nicht anwenden, die ihnen z.B. für vielerlei wirtschafts- und sozialpolitische Probleme die Orientierung erleichtern, weil sie z.B. vermuten, linke Parteien neigten zu höheren Sozialausgaben als rechte. Diese bewährten Schemata zur Beurteilung der Innenpolitik eines Landes passen im Falle der Europapolitik nicht.

Allein aus der Abfolge der Mittelwerte der wahrgenommenen Parteipositionen nach Tabelle 5 haben wir bereits eine alternative Heuristik angedeutet, die für die Europapolitik in

*Tabelle 6:* Die Positionen der Parteien auf einer latenten, aus europapolitischen Wahrnehmungen abgeleiteten Dimension

Partei	Westdeutschland Ladungsmuster <sup>1</sup> n = 564	Ostdeutschland Ladungsmuster n = 325
CDU/CSU (Bezugspartei)	0	0
FDP	12.8	9.8
SPD	18.7	13.2
B'90/Grüne	26.2	24.8
PDS	25.8	25.3

1 Ergebnis von Maximum-Likelihood-Faktorenanalysen der Differenzen der Parteiwahrnehmungen von der wahrgenommenen CDU/CSU-Position, jeweils ein signifikanter Faktor für die Varianz-Kovarianz-Matrix, wobei nur im Westen die Nullhypothese zu Gunsten weiterer Faktoren zurückgewiesen werden kann ( $pr \geq 0,01$ ).

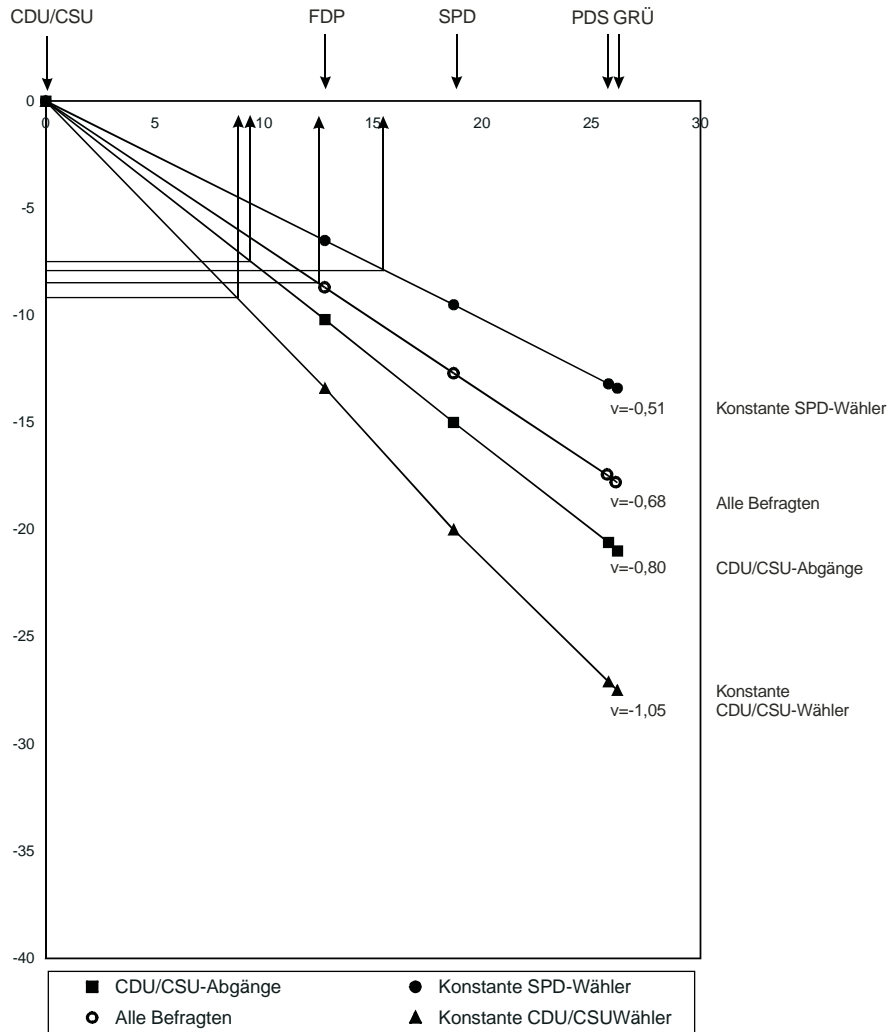
Frage kommen könnte. Es ist die Entfernung einer Partei zur offiziellen westdeutschen Nachkriegspolitik der Westintegration, gemessen in etwa mit dem Grad der Verantwortung, den die Parteien bisher für die Gestaltung dieser Politik hatten. Die CDU/CSU trug dafür die meiste Verantwortung, gefolgt von der anderen Volkspartei SPD und schließlich der FDP als langjährigem, wenn auch kleineren Koalitionspartner. Dann folgen die Grünen und, mit einem sehr großen weiteren Abstand, die PDS.

Wie aussagekräftig sind nun diese Mittelwerte, besonders wenn man annimmt, dass das zugehörige Wahrnehmungsmuster latent ist und aus den manifesten Wahrnehmungswerten als gemeinsame Dimension erschlossen werden muss? Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Einzelwahrnehmungen eines Befragten nicht unabhängig voneinander sind. So zeigt sich in den Werten für die Wahrnehmung von CDU und FDP in Westdeutschland eine Korrelation von  $r = 0,61$  und in Ostdeutschland sogar eine von  $r = 0,67$ . Eine Faktorenanalyse berücksichtigt diese mehr oder weniger großen Ähnlichkeiten mit dem Ergebnis, dass die FDP schließlich zwischen CDU/CSU und SPD platziert wird. Um einen künstlichen zusätzlichen Faktor zu vermeiden, werden nicht diese Ausgangswerte verwendet, sondern die Differenzen der Wahrnehmung eines Befragten zu einer Bezugspartei (vgl. dazu den Anhang von Pappi u.a. 2000). Dafür wird die CDU/CSU als die damals größere Regierungspartei gewählt. Für die Faktorenanalyse bedeutet dies, dass die CDU/CSU auf den Nullpunkt fixiert wird, während die Ladungen der anderen Parteien den Abständen von der Bezugspartei auf der latenten ideologischen Dimension entsprechen.

Die Abstände auf der ideologischen Achse sind keine schlichte Widerspiegelung der Differenzen der Mittelwerte. Dies gilt insbesondere für die PDS in Westdeutschland, deren extreme Stellung auf der europapolitischen Achse keine volle Entsprechung auf der latenten ideologischen Dimension findet. In Westdeutschland nehmen die Grünen die Extremposition zur CDU/CSU ein und dies ist ein Zeichen dafür, dass die latente ideologische Dimension das gängige Konfliktmuster der letzten zwanzig Jahre aufnimmt. Seit es die Grünen in Westdeutschland gibt, haben die Wähler sie in größter Distanz zur CDU/CSU wahrgenommen und dieses ursprünglich aus der Umwelt- und Friedenspolitik stammende Wahrnehmungsmuster wird offensichtlich auch auf andere Politikfelder übertragen. Dabei ist umso bemerkenswerter, dass die Wähler der Grünen durchaus nicht europafeindlich eingestellt sind, im Gegenteil, sie ähneln in ihrer europafreundlichen Haltung den Stammwählern der



Schaubild 4: Europäische Integrationspolitik (Ordinate) und latente ideologische Position der Parteien (Abszisse): Wie die westdeutschen Wähler ihre europapolitischen Präferenzen auf die ideologischen Parteipositionen beziehen



CDU/CSU. Das ist aber kein Widerspruch zu unserem Ergebnis, weil in letzterem die Sichtweise des Durchschnittswählers in Westdeutschland zum Ausdruck kommt und nicht nur die der jeweiligen Parteianhänger.

In Ostdeutschland ist die Situation insofern etwas anders, als sich hier auch in der Faktorenanalyse die Anordnung der Parteien auf der ursprünglichen Skala wiederholt. Allerdings wird Bündnis'90/Die Grünen auch in Ostdeutschland relativ nahe an der PDS als europaskeptische Partei wahrgenommen. Den Gegenpart zur CDU/CSU auf der latenten Achse spielt in Ostdeutschland aber die PDS und nicht Bündnis'90/Die Grünen. Außerdem perzi-

pieren die Ostdeutschen die bundesrepublikanischen „Altparteien“ als einander ähnlicher als die Westdeutschen.

Bei einer Streitfrage mit mehreren Parteien, deren Positionen auf einer vorgegebenen Issue-Skala abgefragt werden, ist es nicht selbstverständlich, dass nur eindimensionale Lösungen für die ideologische Dimension resultieren (vgl. z.B. Pappi 1992). Im vorliegenden Fall ist aber eine eindimensionale Lösung ausreichend, im Westen eindeutiger als im Osten. Damit kann die Beziehung zwischen der Ausgangsfrage der europapolitischen Einstellungen und der abgeleiteten ideologischen Position der Befragten in einem einfachen Schaubild dargestellt werden.

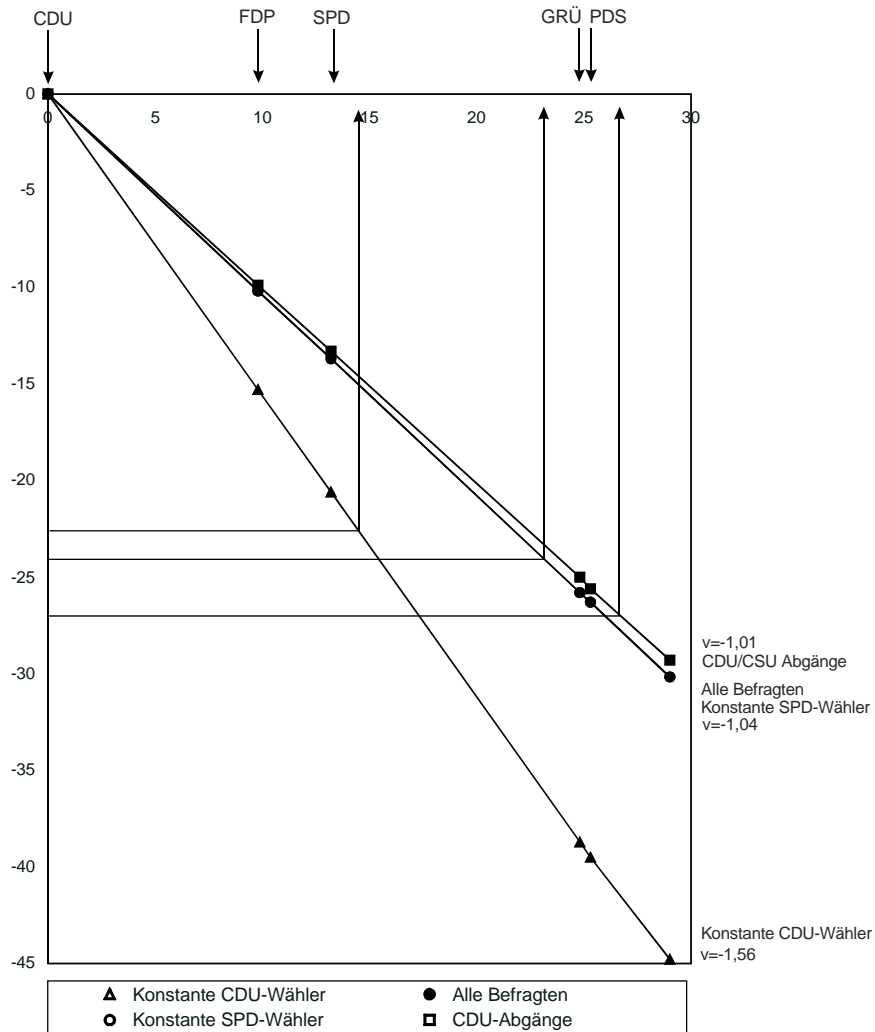
Auf der Abszisse oder X-Achse werden die ideologischen Positionen der Parteien dargestellt, so wie sie als Ergebnis der Faktorenanalyse geschätzt wurden (vgl. Tabelle 6). Auf der Ordinate können dann die Ausgangswerte für die Issuefrage der weiteren europäischen Integration abgebildet werden. Dabei interessieren uns hier nicht die Wahrnehmungswerte für die Parteien, sondern die eigenen Einstellungen der Befragten zur weiteren europäischen Integration. Nach dem Modell von Hinich und Munger (1994) haben die Befragten originäre Einstellungen zu den jeweiligen Issues, während die Parteien originäre Werte auf der latenten ideologischen Dimension haben, die mit Hilfe einer Faktorenanalyse geschätzt werden. Die Position der Parteien auf der ideologischen Dimension wird annahmegemäß von allen Wählern gleich gesehen, während sich die eigenen Idealpunkte der Wähler naturgemäß stark unterscheiden können.

Die Kernidee des Modells ist die lineare Transformationsformel. Wenn die ideologischen Positionen der Parteien den Wählern bekannt sind, wo werden die Parteien bei den einzelnen Issues stehen? Diesen Teil haben wir mit der Faktorenanalyse bereits geschätzt. Wir können jetzt aber weiterfragen. Wenn die Transformation von ideologischer Achse in Issuepositionen einmal bekannt ist, wo würden die Wähler auf der ideologischen Achse platziert werden, auf der sie keine originäre Position haben, sondern eine abgeleitete, abgeleitet aus ihrer originären Issueeinstellung und dem Transformationskoeffizienten. Letzterer entspricht den Faktorwerten der Faktorenanalyse, während die Parteipositionen den Faktorladungen entsprechen. Diese Faktorwerte sind für die Befragten verschieden groß, was inhaltlich bedeutet, dass die Befragten nicht alle die gleiche Transformationsformel verwenden. Manche nehmen relativ große Unterschiede zwischen den europapolitischen Positionen der Parteien wahr, dann ist ihr Faktorwert groß, manche nehmen geringere Unterschiede wahr, dann ist ihr Faktorwert entsprechend geringer.

Diese Faktorwerte werden in den Schaubildern 4 und 5 als  $v$ -Werte bezeichnet. Sie sind jeweils für die folgenden Wählergruppen als negativ verlaufende Regressionsgeraden in das Schaubild eingezeichnet:

1. für alle Befragte mit vollständiger Parteiwahrnehmung,
2. für die konstanten CDU/CSU-Wähler aus Gruppe 1, die sowohl bei der Rückerinnerungsfrage angaben, diese Partei bei der Bundestagswahl 1994 gewählt zu haben, als auch bei unserer Befragung die Absicht äußerten, 1998 wieder CDU/CSU zu wählen,
3. für die entsprechende Gruppe der konstanten SPD-Wähler,
4. für die CDU/CSU-Abgänge, d.h. Wahlberechtigte, die 1994 diese Partei gewählt hatten, 1998 aber eine andere Partei wählen bzw. sich gar nicht an der Wahl beteiligen wollten oder noch unentschlossen waren.

Schaubild 5: Europäische Integrationspolitik (Ordinate) und latente ideologische Position der Parteien (Abszisse): Wie die *ostdeutschen* Wähler ihre europapolitischen Präferenzen auf die ideologischen Parteipositionen beziehen



Wir führen diese Analyse getrennt für West- und Ostdeutschland durch, da sich die Mittelwerte der Wählerpräferenzen für die künftige europäische Integrationspolitik stark unterscheiden nach alter Bundesrepublik und den neuen Bundesländern. Wegen der kleinen Fallzahlen in Ostdeutschland muss die relativ heterogene Gruppe der CDU/CSU-Abgänge von 1994 auf 1998 gebildet werden, in der alle die Befragten enthalten sind, die die CDU/CSU nicht mehr wählen wollten, unabhängig davon, welche Alternative sie 1998 wählten.

Betrachten wir zunächst die Gemeinsamkeiten der ost- und westdeutschen Lösung, so liegen diese eindeutig in den bereits besprochenen Parteipositionen auf der ideologischen X-Achse. Die Ostdeutschen perzipieren zwar die westdeutschen Altparteien als einander ähnlicher als die Westdeutschen und weisen der PDS und nicht den Grünen die europaskeptische Extremposition zu, das Ingesamtmuster der Parteiplatzierungen ist aber relativ ähnlich in beiden Teilen Deutschlands.

Die größten Unterschiede betreffen die Mittelwerte der Wählereinstellungen auf der ursprünglichen Skala der weiteren europäischen Integration, in den Schaubildern ausgedrückt als Mittelwerte der Distanz von der wahrgenommenen CDU/CSU-Position für die vier unterschiedenen Gruppen. Alle westdeutschen Gruppen sind auf der Y-Achse näher an der CDU/CSU als die ostdeutschen Gruppen unter Einschluss der ostdeutschen konstanten CDU-Wähler.

Der „Widerspruch“ zwischen diesen Einstellungsunterschieden und relativ ähnlichen ideologischen Parteipositionen wird durch die Transformationskoeffizienten aufgelöst. Die Ostdeutschen nehmen größere Unterschiede zwischen den im Bundestag vertretenen Parteien in der Europapolitik wahr als die Westdeutschen. Je größer der negative Transformationskoeffizient ( $v$ -Wert), desto größer sind die Distanzen der wahrgenommenen Positionen der Parteien von der CDU/CSU-Position, und weil diese Partei die integrationsfreundlichste ist, sind die  $v$ -Werte alle negativ, was zusammen mit den negativen Werten auf der Y-Achse (wahrgenommene Position einer Partei minus wahrgenommene CDU/CSU-Position auf der von 0 bis 100 reichenden Ausgangsskala) einen positiven ideologischen Standpunkt für die einzelnen Parteien ergibt.

Betrachten wir die Wählergruppen im Einzelnen, so stellen wir eine weitere Gemeinsamkeit zwischen Ost- und Westdeutschland fest: die konstanten CDU/CSU-Wähler nehmen verglichen mit den anderen Gruppen die größten Parteiunterschiede wahr. Dies hat die Folge, dass sie mit ihrer abgeleiteten ideologischen Position näher an die CDU/CSU herangerückt werden als es ihrer Ausgangsposition auf der Y-Achse entspricht. Im Westen sind z.B. nicht die konstanten CDU/CSU-Wähler auf der Ausgangsskala die europafreundlichste Gruppe – das sind vielmehr die konstanten SPD-Wähler – da die CDU/CSU-Wähler aber insgesamt größere Parteiunterschiede wahrnehmen, rücken sie mit ihrer abgeleiteten ideologischen Position näher an die CDU/CSU auf der ideologischen Achse heran als die SPD-Wähler. Die westdeutschen konstanten SPD-Wähler sind von allen Wählergruppen diejenigen, die die geringsten Parteiunterschiede wahrnehmen. Dies führt dazu, dass sie auf der ideologischen Achse von allen westdeutschen Gruppen der SPD auf der X-Achse am nächsten kommen.

Insgesamt sind alle vier westdeutschen Gruppen mit ihren europapolitischen Einstellungen im Bereich der westdeutschen Altparteien platziert. Dies gilt auch für die Wähler, die 1998 nicht mehr CDU/CSU wählen wollten, obwohl sie dies 1994 getan hatten. Sie rücken mit ihrer Position auf der X-Achse aber nur wenig von ihrer alten Partei ab, verglichen mit den konstanten CDU/CSU-Wählern. Dabei ist zu berücksichtigen, dass auch letztere nicht auf der Parteilinie liegen, sondern etwas europaskeptischer sind als ihre Partei.

In Ostdeutschland ist das ganze Spektrum der abgeleiteten ideologischen Wählerpositionen in Richtung Europaskepsis verschoben. Die konstanten CDU-Wähler enden auf der ideologischen SPD-Position und die anderen drei Gruppen sind der PDS näher als der SPD, einschließlich der konstanten SPD-Wähler. Am nächsten sind der PDS schließlich die

CDU-Abgänge. In der heterogenen Gruppe dieser CDU-Abgänge sind in Ostdeutschland natürlich die neu zur PDS stoßenden Wechselwähler stärker vertreten als in Westdeutschland und insofern überrascht es nicht, dass die Gruppe insgesamt näher an der PDS endet als die analog gebildete westdeutsche Gruppe. Die PDS war schließlich die einzige im Bundestag vertretene Partei, die konsequent gegen den Euro unter den gegenwärtigen Bedingungen der EG Stellung bezog.

Aus den Schaubildern scheint eine weitere Schlussfolgerung abgeleitet werden zu können, die wir bisher übergangen haben, dass nämlich im Westen die FDP und im Osten Bündnis'90/Die Grünen am günstigsten auf der ideologischen Achse platziert sind. In ihrer Nähe enden die Pfeile, die die abgeleiteten ideologischen Positionen der Wählerschaft insgesamt angeben, und wenn die Verteilungen nicht extrem bipolar sind, könnte es sein, dass diese kleineren Parteien einer größeren Zahl von Wählern nahe sind als die größeren Parteien. Sollten also die FDP im Westen und Bündnis'90/Die Grünen im Osten am meisten von dem europafreundlichen, aber im Durchschnitt eher skeptisch beurteilten Kurs der CDU/CSU profitiert haben? Dies war aber offensichtlich nicht der Fall. Für eine realistische Prognose von der abgeleiteten Wählerverteilung auf der ideologischen Achse auf die Stimmenanteile der Parteien bei der entsprechenden Wahl kann nicht nur die einfache Distanz eines Befragten zur nächsten Partei berücksichtigt werden nach dem Motto, gewählt wird die Partei, der man auf der ideologischen Achse am nächsten ist. Bei solchen Prognosen sind auch noch andere Faktoren zu berücksichtigen, zu denen insbesondere die allgemeine Einstellung zur jeweiligen Partei gehört.

In diesem Abschnitt konnte eine wichtige Voraussetzung für einen möglichen Einfluss der Europapolitik auf das Ergebnis der Bundestagswahl geklärt werden. Die CDU/CSU wurde vor der Bundestagswahl 1998 vom Wähler als sehr viel europafreundlicher eingestuft als die anderen Parteien einschließlich ihres Koalitionspartners FDP und war mit dieser Position weiter vom Durchschnittswähler entfernt als z.B. die SPD. Trotzdem sprechen die Ergebnisse dieses Abschnitts nicht für eine massive Wählerbewegung weg von der CDU/CSU, die man deren europapolitischer Position zuschreiben könnte. In Westdeutschland unterscheiden sich die CDU/CSU-Abgänge nicht sehr stark von den konstanten CDU/CSU-Wählern in dieser Frage und lediglich in Ostdeutschland lassen sich auf Grund der Ergebnisse von Schaubild 5 stärkere Effekte zu Lasten der CDU/CSU erwarten. Die Frage der Auswirkungen der Europapolitik auf die Bundestagswahl 1998 soll nun im nächsten Abschnitt untersucht werden.

##### *5. Europapolitische Einstellungen und Wahlabsicht*

Die Auswirkungen von Policy-Präferenzen der Wählerschaft auf den Ausgang einer Wahl müssen auf der Aggregat-Ebene der Wählerschaft insgesamt untersucht werden. Wie eine Partei so weit von den Politikpräferenzen der Wählerschaft insgesamt oder der für sie wichtigen Wählerklientel ab, dass sie deshalb im Aggregat Verluste hinnehmen musste? Um diese Frage aber beantworten zu können, muss zunächst festgestellt werden, ob die entsprechenden Politikpräferenzen auf der Mikroebene der Erklärung der individuellen Wahlentscheidung überhaupt einen signifikanten Einfluss ausübten. Wir führen derartige Mikroanalysen zum einen direkt für die Einstellung zum Euro und zum anderen für die Policy-Distanzen in

der weiter gefassten europäischen Integrationspolitik durch. Dann kann letztere Analyse benutzt werden, um die Frage zu beantworten, inwieweit die CDU/CSU von ihrem optimalen Wählerangebot in der Europapolitik abwich, sodass sie Wählerverluste in einem bestimmten Umfang in Kauf nehmen musste.

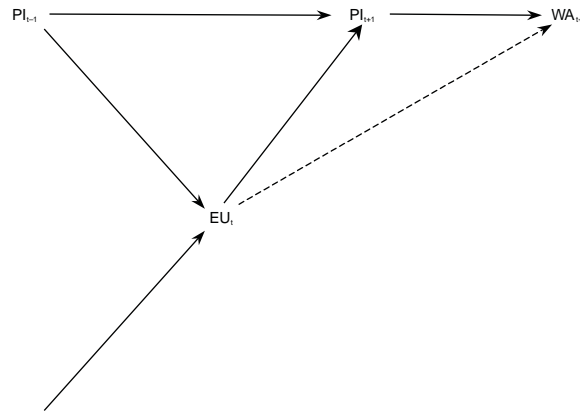
Das direkteste Maß der Einstellung zum Euro ist in Tabelle 1 dokumentiert. Auf diese Variable wird zunächst zur Beantwortung der Frage zurückgegriffen, inwieweit sich die Einstellung zum Euro auf die Wahlabsicht für die Bundestagswahl ausgewirkt hat. Diese Wahlabsicht wurde drei Monate vor der Bundestagswahl erhoben und wir nehmen an, dass sie ihrerseits den besten verfügbaren Indikator für die tatsächliche Wahlentscheidung einer Person bei der Bundestagswahl darstellt.

Schwerer ist das Problem möglicher Scheinkorrelationen zu lösen. Der Zusammenhang zwischen Euro-Einstellung (X-Variable) und Wahlabsicht (Y-Variable) kann von Drittvariablen Z abhängen, die ihrerseits X und Y beeinflussen, sodass deren Korrelation verschwinden würde, würde man Z kontrollieren. Nach dem Michigan-Modell der Wahlentscheidung wäre die Parteiidentifikation die als langfristig stabil anzunehmende ideale Kontrollvariable, gegen die sich die kurzfristig wirksame Euro-Einstellung als Determinante der Wahlentscheidung durchsetzen müsste (Campbell et al. 1960). Nur leider konnte für die europäischen Staaten die größere Stabilität der Parteiidentifikation im Vergleich zur Wahlentscheidung nicht überzeugend belegt werden (vgl. Thomassen 1976), sodass die Gefahr besteht, mit dieser Frage statt eine kausal vorrangige Determinante eine Variable zu erfassen, in deren augenblickliche Ausprägung die Einstellung zum Euro schon eingegangen ist. Eine so verstandene Parteiidentifikation, zum Zeitpunkt  $t+1$  gemessen, wirkt nicht wie eine kausal vorgeordnete Variable zum Zeitpunkt  $t-1$ , sondern wie eine intervenierende Variable, die die kurzfristigen Einflüsse bereits aufgenommen hat und sie ihrerseits auf die Wahlabsicht überträgt. Würde sie gleichzeitig mit der Einstellung zum Euro als Determinante der Wahlabsicht verwendet, würde die Euro-Einstellung keine eigene Erklärungskraft mehr besitzen. Theoretisch entspricht diese Art Parteiidentifikation dem Konzept einer laufenden Kontoführung der Wähler über die einzelnen Parteien, das Fiorina als „running tally“ charakterisiert hat (1981, vgl. für Mehrparteiensysteme Pappi 1996).

Es lassen sich drei Perioden bei der Erklärung des Einflusses von Parteiidentifikation und Einstellungen zu neuen politischen Themen wie dem Euro unterscheiden. Die Periode bei der letzten Bundestagswahl ( $t-1$ ), eine Periode  $t$  zwischen den Wahlen ( $t$ ) und die Periode unmittelbar vor dieser Wahl ( $t+1$ ). Wird in einer Legislaturperiode ein neues Problem wie die Einführung des Euro auf die Tagesordnung der öffentlichen Meinung gesetzt, bilden sich die Wähler eine eigene Meinung, die nicht unabhängig, aber auch nicht völlig abhängig von ihrer Parteiidentifikation zum Zeitpunkt  $t-1$  ist (siehe Schaubild 6). Die Wähler ziehen dann laufend Bilanz und passen ihre Parteiidentifikation zum Zeitpunkt  $t+1$ , also auch kurz vor der nächsten Bundestagswahl, an ihre augenblickliche Meinungslage an (Pfeil von  $EU_t$  zu  $PI_{t+1}$ ), wobei die frühere Parteiidentifikation freilich den größten Einfluss ausüben dürfte. Mit einem Drei-Wellen-Panel ließe sich das in Schaubild 2 skizzierte Kausalmodell testen.

Uns steht nur eine Querschnittsbefragung kurz vor der letzten Bundestagswahl zur Verfügung, sodass die Zeitpunkte  $t$  und  $t+1$  zusammenfallen und die Parteiidentifikation doppelt erfasst werden müsste, einmal zum Befragungszeitpunkt und einmal in der Rück Erinnerung zum Zeitpunkt  $t-1$ . Letzteres ist für Einstellungen aber schwer möglich. Des-

Schaubild 6: Kausalmodell für den Einfluss von Parteiidentifikation (PI) und der Einstellung zum Euro (EU) auf die Wahlabsicht (WA)



halb gehen wir hier einen anderen Weg und greifen auf die Rück Erinnerung an die Wahlentscheidung bei der letzten Bundestagswahl zurück. Diese garantiert zwar auch keine fehlerfreie Messung, wegen der eindeutigeren Terminierung und der Äußerung in einem Verhaltensakt ist dieses Maß aber der Rück Erinnerung an eine reine Einstellung überlegen.

Bei der Rück Erinnerung an eine vergangene Wahlentscheidung und der Wahlabsicht handelt es sich um diskrete Entscheidungen, die nicht ohne weiteres mit statistischen Standardverfahren analysiert werden können. Wir führen als ersten Test verschiedene binäre logistische Regressionen durch, mit denen in erster Linie geprüft werden soll, ob die Euro-Einstellung bei Kontrolle der rück erinnerten Wahlentscheidung einen signifikanten Effekt auf die Wahlabsicht 1998 hat.<sup>5</sup> Da die Ausgangsdaten für die CDU/CSU mehr Ab- als Zuwanderung im Vergleich zu 1994 zeigen und die Euro-Einstellung im Durchschnitt nicht positiv war, muss sich ein signifikanter Euro-Effekt zu Lasten der CDU/CSU ausgewirkt haben. Frühere CDU/CSU-Wähler, die mit dem Kurs ihrer Partei in der Euro-Frage nicht einverstanden waren, wanderten ab, wobei die Richtung der Abwanderung dadurch schwer bestimmbar wird, dass SPD und Bündnis'90/Die Grünen sich nicht als Gegner dieser Regierungspolitik profilierten. Deshalb muss explizit die Abwanderung ins Lager der Nichtwähler und Unentschlossenen und, in Ostdeutschland, zur PDS geprüft werden.

Hält man die Entscheidung der Wähler zu Gunsten der CDU/CSU bei der Bundestagswahl 1994 konstant (Gegengruppe sind alle anderen Befragten) zeigt sich in der Tat, dass weder in West- noch in Ostdeutschland die Wahlabsicht zu Gunsten der SPD signifikant auf die Euro-Einstellung zurückgeführt werden kann bzw., anders ausgedrückt, diese Wahlabsicht signifikant durch eine negative Einstellung zum Euro verstärkt worden wäre. Anders ist dies bei der Kategorie der Nichtwähler und Unentschlossenen in Westdeutschland und bei der PDS in Ostdeutschland. Hier zeigen sich die erwarteten signifikanten Einflüsse der Einstellung zum Euro. Wer für den Euro war, wählte eher die CDU, wer dagegen war, die PDS, bzw. in Westdeutschland keine „der Bundestagsparteien“. In Ostdeutschland ist der

<sup>5</sup> Vgl. zur Rückführbarkeit multinomialer logistischer Regressionen auf binäre Regressionen Agresti (1990) und Alvarez/Nagler (1998).

Tabelle 7: Die Erklärung der Wahlabsicht in verschiedenen Entscheidungsalternativen mit Hilfe logistischer Regressionen<sup>1</sup>

1. Westdeutschland	CDU/CSU vs. SPD		CDU/CSU vs. Nicht-wähler etc. <sup>2</sup>	
	n=180	n=279	n=180	n=342
Konstante	-2,934*	(0,419)	-3,370*	(0,368)
Pro-Euro	0,242	(0,137)	0,410*	(0,114)
1994 CDU/CSU-Wahl	3,844*	(0,288)	2,969*	(0,257)
$\chi^2$ für Kovariaten, 2 Fg	-277,622*		-209,123*	
Korrekt prognostiziert	85,9%		80,7%	

2. Ostdeutschland	CDU/CSU vs. SPD		CDU vs. PDS		SPD vs. PDS	
	n=35	n=139	n=35	n=60	n=139	n=60
Konstante	-3,270*	(0,678)	-3,848*	(0,883)	-0,929	(0,419)
Pro-Euro	0,353	(0,237)	0,947*	(0,323)	0,635*	(0,209)
1994 CDU/CSU-Wahl	2,198*	(0,440)	3,947*	(0,730)		
1994 SPD-Wahl					1,998*	(0,444)
$\chi^2$ für Kovariaten, 2 Fg	-30,906*		-59,013*		-41,826*	
Korrekt prognostiziert	72%		87,3%		71,2%	

1 Angegeben sind die Parameterschätzer mit Standardfehler in Klammern, bei Signifikanz auf 99%-Niveau mit Zusatz \*.

2 Kategorie enthält alle Befragten, die eine nicht im Bundestag vertetene Partei angaben, nicht zur Wahl gehen wollten oder keine Angabe machten.

positive Einfluss einer Pro-Euro-Einstellung auf die Wahl der CDU im Vergleich zur PDS sogar doppelt so groß wie im Vergleich zu den Nichtwählern und Unentschlossenen in Westdeutschland. Außerdem ist in Ostdeutschland auch die SPD von Abwanderungstendenzen zur PDS betroffen, wenn die früheren SPD-Wähler gegen den Euro eingestellt waren. Diese Ergebnisse belegen, dass der Euro für die Wahlchancen der CDU/CSU eine Belastung darstellte, bedenkt man, dass bei der gegebenen Präferenzverteilung die Euro-Skepsis überwog. Es lohnt sich deshalb, zusätzlich zu untersuchen, inwieweit sich die europapolitischen Policydistanzen auf die Wahlabsicht ausgewirkt haben.

Mit einem multiattributiven Entscheidungsmodell kann simultan die Entscheidung für eine der Parteien bzw. die Wahlenthaltung in Abhängigkeit von parteispezifischen<sup>6</sup> Policydistanzen und der früheren Wahlentscheidung vorausgesagt werden.<sup>7</sup> Wenn die künftige Europapolitik für die Wahlentscheidung eine Rolle spielte, dann sollte die europapolitische Distanz einen signifikanten negativen Effekt auf die Wahl der betreffenden Partei haben. Selbst wenn man die frühere Wahlentscheidung kontrolliert, sollte die Wahrscheinlichkeit zur Wahl einer Partei mit dieser Issuedistanz signifikant abnehmen. Würde nämlich erstere Voraussetzung nicht erfüllt, könnten die Issuedistanzen trotzdem signifikant sein, obwohl das Thema selbst irrelevant ist. Diese Irrelevanz könnte durch das Vorherrschen von Projek-

<sup>6</sup> Im Gegensatz zu Alvarez/Nagler (1998) gehen wir von individuell perzipierten Distanzen aus.

<sup>7</sup> Vgl. zur Anwendung auf das Wählerverhalten in Deutschland Thurner (2000), Thurner/Eyermann (2000).

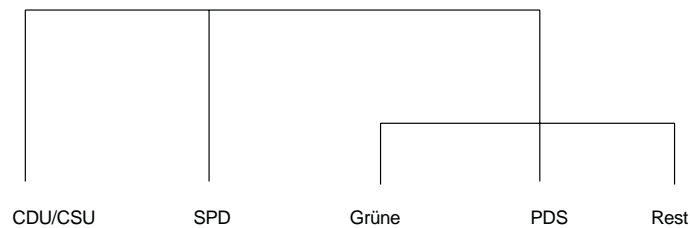


tionseffekten bedingt sein, während Persuasionseffekte im gegebenen Fall unwahrscheinlicher sind.

Das multiattributive Entscheidungsmodell wird für alle Befragten gerechnet, für die vollständige Daten zur Verfügung stehen, ohne Aufgliederung nach Ost- und Westdeutschland. Gegenüber der Ausgangsstichprobe von  $n=1495$  Befragten muss eine erhebliche Reduzierung der Fallzahl auf insgesamt nur noch  $n=618$  in Kauf genommen werden. Dies erklärt sich zum einen daraus, dass nur 60 Prozent der Befragten die Parteistandpunkte für alle im Bundestag vertretenen Parteien vollständig wahrnehmen. Zum anderen ist erfahrungsgemäß bei direkten Fragen nach der Wahlabsicht die Zahl derer relativ groß, die keine Angabe machen bzw. die Angabe sogar explizit verweigern. Die Alternativen bei der Wahlabsicht werden aufgegliedert in die Parteien CDU/CSU, SPD, Bündnis '90/die Grünen und PDS – die FDP muss wegen zu geringer Fallzahl unberücksichtigt bleiben – und eine Restgruppe, in der die sonstigen Parteien mit den noch Unentschlossenen und den expliziten Nichtwählern zusammengefasst werden.

Für die Schätzung des Modells wurde eine Nistungsstruktur ermittelt, die die Grünen, die PDS und die Restgruppe als einander ähnlichere Entscheidungsalternativen als die großen Parteien behandelt<sup>8</sup>. Die Annahme dieser Nistungsstruktur erscheint uns auch inhaltlich insofern plausibel, als hier schwerpunktmäßig die Parteien zusammengefasst werden, die vor 1998 noch nie an einer Bundesregierung beteiligt waren und insofern vom Durchschnittswähler auch nicht als Träger der Staatsraison der alten Bundesrepublik in Form der Westintegration wahrgenommen wurden.

Schaubild 7: Struktur des genisteten multinominalen Logit-Modells (Tabelle 8)



Neben den Issuedistanzen zu den fünf Parteien und der rückerinnerten Wahlentscheidung 1994 nehmen wir noch einen Indifferenzeffekt für den Fall an, dass für die dem Wähler europapolitisch nächsten Parteien eine Rangplatzbindung besteht (vgl. Thurner/Eymann 2000). Dieser Effekt ist alternativenspezifisch so modelliert, dass sich die Indifferenz per Annahme positiv auf die Restgruppe der sonstigen Parteien, der Unentschlossenen und Nichtwähler auswirkt.

Wie aus den Ergebnissen der Modellanwendung hervorgeht, haben zunächst alle Variablen das erwartete Vorzeichen. Je größer die Issuedistanz zu einer Partei in der Frage der europäischen Integration, desto weniger wahrscheinlich ist die Wahl der entsprechenden Partei. Dagegen sind die Effekte der 1994er Wahlentscheidung alle positiv; sie beinhalten auch

<sup>8</sup> Der Dissimilaritätsparameter liegt innerhalb der gültigen Grenzen von 0 bis 1 und ist signifikant von 0 und von 1 verschieden.

*Tabelle 8:* Die Sensitivität der Wähler gegenüber der wahrgenommenen europäischen Integrationspolitik der Parteien: Ein multiattributives Entscheidungsmodell unter Kontrolle der Wahlentscheidung 1994

	Koeffizienten	t-Test	Wahrscheinlichkeit
Distanz CDU/CSU	-2,64	-5,51	0,000
Distanz SPD	-0,67	-1,69	0,092
Distanz B'90/Grüne	-4,99	-4,06	0,000
Distanz PDS	-4,37	-3,97	0,000
Indifferenz	0,21	0,57	0,567
1994 CDU/CSU-Wahl	1,83	9,29	0,000
1994 SPD-Wahl	2,36	7,94	0,000
1994 B'90/Grüne-Wahl	4,29	6,08	0,000
1994 PDS-Wahl	4,78	5,83	0,000
Restgruppe 1994	1,86	5,01	0,000
Dissimilaritäts-Parameter	0,38	4,65	0,000

N = 618  
Pseudo R<sup>2</sup>: 40,7%  
Korrekte Prognosen: 56,2%

ungemessene Nutzenanteile<sup>9</sup>, letztere sind für die kleinen Parteien am größten. Die Indifferenz wirkt sich wie erwartet positiv zu Gunsten der Restgruppe aus, die die Unentschlossenen und expliziten Nichtwähler enthält.

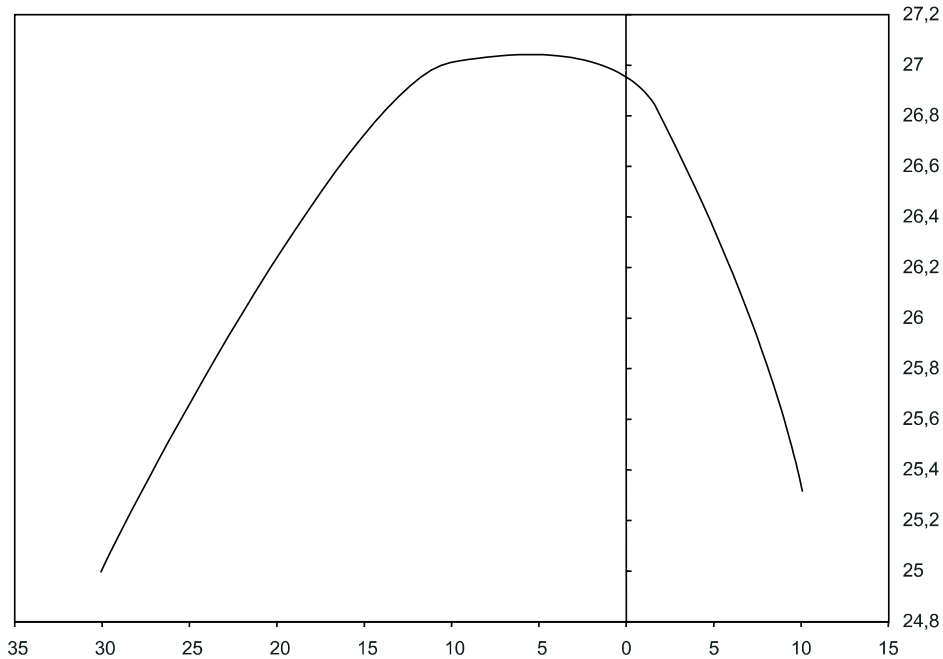
Nicht alle Effekte sind signifikant, so nicht der zuletzt erwähnte Indifferenzeffekt und, interessanterweise, die Issuedistanz zur SPD. Dies kann man so interpretieren, dass von der SPD widersprüchliche Signale in der Frage der weiteren europäischen Integration ausgingen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Einführung des Euro standen. Schließlich hatte sich Schröder noch kurz vor der endgültigen Entscheidung relativ negativ geäußert, während Lafontaine konsistent als einer der starken Befürworter einer gemeinsamen europäischen Währung auftrat.

Die Größe der Issuedistanzeffekte für die einzelnen Parteien kann ins Verhältnis gesetzt werden zu den Parteeffekten der 94er Wahlentscheidung. Je größer das Verhältnis von Parteidistanzeffekt zum jeweiligen 94er Parteeffekt ist, desto sensibler reagierte die Wählerschaft auf die Policy-Distanz in der Europapolitik. Ein solcher Vergleich zeigt, dass das Verhältnis (trade-off) zwischen Reaktion auf die Distanz zur CDU/CSU und der rückerinnernten Wahlentscheidung größer ist als die entsprechenden Verhältnisse für die anderen Parteien. Umgekehrt waren unter dem Gesichtspunkt der künftigen Europapolitik Bündnis'90/Die Grünen und PDS attraktiver für den Durchschnittswähler als die CDU/CSU, während bei dem Trade-off der europapolitischen Nutzen die Distanz zur SPD irrelevant blieb; der entsprechende SPD-Distanzeffekt ist laut Tabelle 8 nicht signifikant.

Von der Mikrobetrachtung gehen wir jetzt zur Betrachtung der Folgen auf der Aggregatenebene über. Dabei interessiert das europapolitische Manövriertpotenzial der CDU/CSU bei den gegebenen Wählerreaktionen nach Tabelle 8. Der Wert 0 in Schaubild 8 markiert die

<sup>9</sup> Es liegt nahe, dass in einem solchermaßen spezifizierten Modell keine zusätzlichen alternativen-spezifischen Koeffizienten, die den unbeobachteten Nutzen der Alternativen repräsentieren (Ben-Akiva/Lerman 1985), berücksichtigt werden sollten, da das Modell ansonsten überspezifiziert ist. Für wertvolle Hinweise bedanken wir uns bei Steffen Kühnel.

Schaubild 8: Die CDU/CSU-Anteile in der wahlberechtigten Bevölkerung in Abhängigkeit von der Policy-Distanz in der Europapolitik<sup>1</sup>



0 = Von den Befragten perzipierte Position der CDU/CSU

1 Berechnet mit den geschätzten Parametern von Tabelle 8.

Ausgangsposition der CDU/CSU auf der Skala der weiteren europäischen Integration und zwar aus der je individuellen Sicht der einzelnen Befragten. Minus 10 usw. bedeutet dann, dass der individuell perzipierte Standpunkt der CDU/CSU bei jedem Wähler um 10 Punkte nach links (Richtung Anti-Integration) verschoben wird. Daraufhin wird per Simulation (d.h. bei angenommener Konstanz der Sensitivität der Wähler) der CDU-Marktanteil neu bestimmt. Dies ist ein Verfahren, das im Bereich der Verkehrsmittelwahl und im Marketing (Hensher/Johnson 1981; Balderjahn 1993) und neuerdings auch in der Wahlforschung eingesetzt wird (Alvarez/Nagler 1998; Thurner 1998). Im Gegensatz zu Alvarez/Nagler verwenden wir keine mittleren Parteipositionen. Wir gehen davon aus, dass Bewegungen der Parteien von den Wählern gleich wahrgenommen werden, unabhängig davon, auf welcher Position die Parteien ursprünglich wahrgenommen wurden, und unabhängig davon, wo die Wähler sich selbst verortet haben. Die Simulation zeigt, dass die CDU/CSU ihren maximalen Marktanteil nicht bei der tatsächlich wahrgenommenen Position erhält, sondern etwas links davon in Richtung weniger Integration. Mit ihrer extrem europafreundlichen Haltung hat die CDU/CSU damit ihr Wählerpotenzial nicht ausgeschöpft. Etwas weniger europäische Integration in der Wählerwahrnehmung hätte einen größeren Anteil der CDU/CSU-Wähler unter allen Wahlberechtigten bedeutet. Allerdings waren der Manövrierfähigkeit der CDU/CSU auch enge Grenzen gesetzt. Die CDU/CSU konnte nicht beliebig weit von ihrer Integrationspolitik abrücken, weil sie sonst in Bereiche gekommen wäre, die von den

anderen Parteien besetzt waren und weil ihre integrationsfreudigen Wähler abgewandert wären. Aus all dem lässt sich schließen, dass im Aggregat die europafreundliche Haltung gerade auch im Hinblick auf den Euro unter einem halben Prozentpunkt Verlust an Wählerunterstützung bedeutet hat. Dies erscheint minimal. Bei der Bewertung sollte man aber nicht vergessen, dass sich Wahlniederlagen aus einer Vielzahl solcher kleinen Effekte zusammensetzen.

Die Ergebnisse dieser Analyse besagen, dass man die Wahlniederlage der Regierungsparteien im September 1998 nicht überwiegend und schon gar nicht ausschließlich ihrer Europapolitik zuschreiben kann. Dass größere Wählerverluste wegen dieser Politik vermieden werden konnten, hing mit der geringeren Priorität des Themas nach der endgültigen Entscheidung vom 2. Mai 1998 und mit der sich leicht zu Gunsten der Eurobefürworter verschiebenden Policy-Präferenz des Durchschnittswählers zusammen. Von der Wahrnehmung der Parteistandpunkte her war dem Durchschnittswähler aber klar, dass die CDU/CSU am meisten für das forcierte Tempo der die Währungsunion einschließenden europäischen Integration verantwortlich war. Zusammen mit der geringen Priorität des Themas bedeutete dies zwar noch einen Verlust, wenn auch einen relativ geringen.

## 6. Schlussfolgerungen

Die gemeinsame europäische Währung war kein Hauptthema des Bundestagswahlkampfes 1998. Dies lag zu allererst daran, dass CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis'90/Die Grünen der Einführung des Euro zugestimmt hatten und der Beschluss zu dieser Einführung auch bereits gefasst war. Nur *nicht* im Bundestag vertretene Parteien bzw. die PDS thematisierten den Euro, darunter in erster Linie die Pro-DM-Initiative des Herrn Hoffmann, dessen Liste schließlich 429.000 Stimmen, d.h. 0,9 Prozent der gültigen Zweitstimmen erhielt und damit an der Wahlkampfkostenerstattung beteiligt wird. Mit den insgesamt kaum ins Gewicht fallenden Wahlergebnissen für derartige Außenseiter ist die Bedeutung des Euro und der weiteren europäischen Integrationspolitik für das Wählerverhalten aber nicht erschöpfend behandelt.

Wie aus unseren Analysen hervorgeht, hatte die CDU/CSU als die europafreundlichste Partei wegen der Europaskepsis vieler Wähler Nachteile in Kauf zu nehmen. Diese waren nicht entscheidend für den Verlust der Mehrheit der CDU/CSU-FDP-Koalition, aber sie haben das ihre zum Misserfolg beigetragen. In einer insgesamt mageren Erfolgsbilanz aus Wählersicht (vgl. Pappi 1999) waren sie ein weiterer Minuspunkt. Was aus unseren Analysen deutlich hervorgeht, ist, dass sich die Europapolitik nicht mehr, wie vielleicht noch in den Zeiten des „permissive consensus“ (Lindberg/Scheingold 1970), ungestraft ohne Berücksichtigung der Wählerpräferenzen gestalten lässt. Die Einführung des Euro und damit die Abschaffung der DM war und ist für die deutsche Wählerschaft keine unbedeutende Frage. Die als wichtigste Gestalterin der Europapolitik wahrgenommene CDU/CSU musste deswegen Stimmenverluste in Kauf nehmen.

Wir haben diese Verluste mit neuen Schätzmethode, die unseres Wissens zum ersten Mal auf eine deutsche Wahl angewendet werden, auf unter einen halben Prozentpunkt geschätzt. Dies mag manchem Kritiker als so gering erscheinen, dass wir den Einwand gewärti-

gen müssen, der Berg habe gekreißt und ein Mäuslein geboren. Gegen diesen Einwand lassen sich aber leicht Gegenargumente vorbringen.

Die hier angewandte Methode ermöglicht zum einen den Parteien eine strategische Wahlkampfplanung und sollte nach diesem Potenzial und nicht nach dem empirischen Ergebnis ihrer erstmaligen Anwendung beurteilt werden. Wahlkampfstrategen können die Sensitivität der Wählerschaft für verschiedene Politikangebote oder für politische Entscheidungen bereits vor einer Wahl testen und ihre Wahlkampfführung danach ausrichten. Sie können ihr Wählerpotenzial besser ausschöpfen, wenn sie drohenden Verlusten noch gegensteuern und mögliche Gewinne durch eine geeignete Wahlkampfführung noch verstärken.

Unsere Schätzung ist zum anderen sehr konservativ angelegt. Sie stellt eine Untergrenze für die CDU-Verluste dar. Dies hängt nicht mit der Methode, sondern mit der gewählten Operationalisierung der Policy-Distanz in der Europapolitik zusammen. Wenn immer es um die weitere europäische Integration geht, schwingt die diffuse affektive Unterstützung der Idee eines vereinten Europas mit, die von der utilitaristischen Komponente nach Hix (1999) unterschieden werden muss. Letztere Komponente war für die deutschen Wähler bei der Beurteilung des Euro dominant und viele Deutsche waren eben der Meinung, dass die gemeinsame Währung im Vergleich zur DM mehr Nachteile als Vorteile bringen werde. Wir haben zwar dann die Integrationsfrage so formuliert, dass man bei ihrer Beantwortung den Euro nicht ignorieren konnte, aber trotzdem scheint die symbolische Europapolitik in der Frage mitzuschwingen, die der Befriedigung der affektiv besetzten Europa-Idee dient. Eine ausschließliche Konzentration auf die utilitaristische Komponente in der Frage hätte die Folgen des von der Wählerschaft empfundenen Problems einer Integration auf Kosten der Deutschen realistischer abschätzbar gemacht.

Man könnte hier von einer „europäischen Rationalitätsfalle“ für deutsche Regierungen sprechen: Die aus Sicht der integrationsfreudigen deutschen Eliten für richtig gehaltene Politik stößt auf Ablehnung beim Wähler; die Eliten rechnen aber mittelfristig mit Wählerakzeptanz, weil sie auf die diffuse affektive Unterstützung der Europaidee vertrauen und die utilitaristische Komponente unterschätzen. Die Regierungsparteien haben bei diesem Szenario das größere Risiko zu tragen, in die Falle zu laufen, weil sie nicht nur ihre Wiederwahl im Auge haben können, wollen sie international erfolgreich verhandeln. Europäische Regierungsverhandlungen scheitern zu lassen, kann aber wiederum wegen der diffusen Unterstützung des Europagedankens in Deutschland kein wohlfeiler Ausweg sein.

Mit der Osterweiterung und weiteren institutionellen Reformen der EU kann die Politik der etablierten deutschen Parteien erneut in die europäische Rationalitätsfalle geraten. In einer solchen Situation dürften wiederum die Regierungspartei die Hauptlast beim Wähler zu tragen haben. Auf jeden Fall sollte die öffentliche Meinung sorgfältig beobachtet werden, dann lassen sich Überraschungen bei Wahlen vermeiden.

## Literaturverzeichnis

- Agresti, Alan, 1990: *Categorical Data Analysis*, New York.
- Alvarez, R. Michael/Nagler, Jonathan, 1998: When Politics and Models Collide: Estimating Models of Multiparty Elections, in: *American Journal of Political Science* 42, 55–96.
- Anderson, Christopher J./Reichert, Shawn M., 1996: Economic Benefits and Support for Membership in the European Union: A Cross-national Analysis, in: *Journal of Public Policy* 15 (3), 231–249.
- Balderjahn, Ingo, 1993: *Marktreaktionen von Konsumenten. Ein theoretisch methodisches Konzept zur Analyse der Wirkung marketingpolitischer Instrumente*, Berlin.
- Ben-Akiva, Moshe/Lerman, Steven R., 1985: *Discrete Choice Analysis*, Cambridge, Mass./London.
- Campbell, Angus/Converse, Philip E./Miller, Warren E./Stokes, Donald E., 1960: *The American Voter*, New York.
- Downs, Anthony, 1968: *Ökonomische Theorie der Demokratie*, herausgegeben von Rudolf Wildenmann, Tübingen.
- Easton, David, 1975: A Reassessment of the Concept of Political Support, in: *British Journal of Political Science* 5, 435–457.
- Eckstein, Gabriele/Pappi, Franz Urban, 1999: Die öffentliche Meinung zur Europäischen Währungsunion bis 1998: Befund, geldpolitische Zusammenhänge und politische Führung in Deutschland, in: *Zeitschrift für Politik* 46, 298–334.
- Eichenberg, Richard, 1998: Citizen Support for Policy Integration, in: Wayne Sandholz/Alex Stone Sweet (Hrsg.), *Supranational Governance: The Institutionalization of the European Union*, New York.
- Enelow, James M./Hinich, Melvin J., 1984: *The Spatial Theory of Voting. An Introduction*, Cambridge.
- Fiorina, Morris P., 1981: *Retrospective Voting in American National Elections*, New Haven/London.
- Gabel, Matthew, 1998: *Interests and Integration: Market Liberalization, Public Opinion, and European Union*, Ann Arbor.
- Gabriel, Oscar W./Bretschneider, Frank, 1998: Die Bundestagswahl 1998: Ein Plebiszit gegen Kanzler Kohl?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 52, 20–32.
- Hensher, David A./Johnson, Lester W., 1981: *Applied Discrete Choice Modeling*, New York.
- Hinich, Melvin J./Munger, Michael C., 1994: *Ideology and the Theory of Political Choice*, Ann Arbor.
- Hinich, Melvin J./Pollard, Walker, 1981: A New Approach to the Spatial Theory of Electoral Competition, in: *American Journal of Political Science* 25, 323–341.
- Hix, Simon, 1999: *The Political System of the European Union*, New York.
- Jung, Matthias/Roth, Dieter, 1998: Wer zu spät geht, den bestraft der Wähler. Eine Analyse der Bundestagswahl 1998, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 52, 3–19.
- Kaltenthaler, Karl C./Anderson, Christopher J., 1999: *Europeans and Their Money: Explaining Public Support for the Common European Currency*, New York (unveröffentlichtes Manuskript).
- Key, V. O. Jr., 1961: *Public Opinion and American Democracy*, New York.
- Lindberg, Leon N./Sheingold, Stuart A., 1970: *Europe's Would-Be Polity: Patterns of Change in the European Community*, Eaglewood Cliffs, N.J.
- Nannestad, Peter/Paldam, Martin, 1994: The VP-function: A Survey of the Literature on Vote and Popularity Functions after 25 Years, in: *Public Choice* 79, 213–245.
- Niedermayer, Oskar, 1995: Trends and Contrasts, in: Oskar Niedermayer/Richard Sinnott (Hrsg.), *Public Opinion and Internationalized Governance*, Oxford u.a., 53–72.
- Niedermayer, Oskar/Sinnott, Richard, 1995: *Public Opinion and Internationalized Governance*, Oxford.
- Page, Benjamin I./Shapiro, Robert Y., 1991: *The Rational Public. Fifty years of Trends in Americans' Policy Preferences*, Chicago.
- Pappi, Franz Urban, 1996: Political behavior: Reasoning Voters and Multi-party Systems, in: Robert Goodin/Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), *A New Handbook of Political Science*, Oxford, 255–275.

- Pappi, Franz Urban*, 1992: Wahrgenommene Parteidistanzen zwischen Parteien und eigene Politikpräferenzen der Wähler. Die Anwendung eines räumlichen Modells der Parteienkonkurrenz auf das Parteiensystem in West- und Ostdeutschland, in: *Hans-Jürgen Andress* et al. (Hrsg.), *Theorie, Daten, Methoden. Neue Modelle und Verfahrensweisen in den Sozialwissenschaften*, München, 317–341.
- Pappi, Franz Urban*, 1999: Die Abwahl Kohls. Hauptergebnis der Bundestagswahl 1998?, in: *Zeitschrift für Politik* 46 (1), 1–29.
- Pappi, Franz Urban/Melvin Hinich/Susumu Shikano*, 2000: Ideologie und Wählerverhalten am Beispiel der Bundestagswahl 1998, in: *Edward Keynes* (Hrsg.), *Willensbildungsprozesse und Demokratie*, Frankfurt a.M., 27–59.
- Reif, Karlheinz*, 1993: Ein Ende des ‚Permissive Consensus‘? Zum Wandel europapolitischer Einstellungen in der öffentlichen Meinung der EG-Mitgliedstaaten, in: *Rudolf Hrbek* (Hrsg.), *Der Vertrag von Maastricht in der wissenschaftlichen Kontroverse*, Baden-Baden.
- Roth, Dieter*, 1998: *Empirische Wahlforschung*, Opladen.
- Thurner, Paul W.*, 1998: Wählen als rationale Entscheidung. Die Modellierung von Politikreaktionen im Mehrparteiensystem, München.
- Thurner, Paul W./Eymann, Angelika*, 2000: Policy-specific Alienation and Indifference in the Calculus of Voting: A Simultaneous Model of Party Choice and Abstention, in: *Public Choice* 102, 51–77.
- Thurner, Paul W.*, 2000: The Empirical Application of the Spatial Theory of Voting in Multiparty Systems with Random Utility Models, in: *Electoral Studies* 19 (4), 45–69 (im Druck).
- Thomassen, Jacques*, 1976: Party Identification as a Cross-cultural Concept: Its Meaning in the Netherlands, in: *Ian Budge/Ivor Crewe/Dennis Farlie* (Hrsg.), *Party Identification and Beyond*, London, 63–79.
- Westle, Bettina/Staack, Nicola*, 1998: Nationale Parteien als Vermittlungsinstanz europäischer Politik? Das Beispiel der Debatte um die Einführung des Euro, in: *Thomas König/Elmar Rieger/Hermann Schmitt* (Hrsg.), *Europa der Bürger?*, Frankfurt a.M./New York.